Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 3500 M., durch die Post 2500 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossenschaft f. d. Bezirk Halle-Merseburg e.Gmbh. Halle. Verkehrsdirektor 14 Fernruf 1045 1047 2251 Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 110 M. für den Millimeter Höhe und Spalte. 500 M. für Reklame, ausschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh Halle

Einzelpreis 150 Mark | **Freitag, den 2. März 1923** | **3. Jahrgang. Nr. 52**

Für die internationale Aktion!

Der Appell der Betriebsräte des Ruhrgebiets an die Arbeiterorganisationen der Welt

Als die rheinisch-westfälischen Betriebsräte ihren Aufruf an die internationalen Arbeiterorganisationen richteten, war es das erste Mal, daß die Betriebsräte nicht nur über den Rahmen ihrer Tätigkeit im Betriebe, Kampf gegen den Unternehmer, sondern auch über den Rahmen der nationalen Politik hinausgehend, Schritte unternommen haben. Die Betriebsräte sind in Deutschland die am unmittelbarsten mit der Arbeiterschaft in Fühlung stehenden Vertreter der Arbeiterinteressen. Sie spiegeln die Stimmung und Gedanken, die die Arbeiterschaft in jeder Situation beherrschen, am vollkommensten wieder. Es liegt deshalb eine besondere Bedeutung darin, weil der Aufruf zu einer internationalen Konferenz der Arbeiterorganisationen der Welt zwecks Bildung einer Abwehrfront diesmal nicht von einer politischen Partei, sondern eben von den Betriebsräten ausging. Das zeigt, wie in dieser schweren Zeit der Gedanke der internationalen Solidarität gegen die Herrschaft des Kapitals und die kapitalistische Kriegsgefahr innerhalb der Arbeiterschaft immer lebendiger wird.

Im Ruhrrevier hat die Arbeiterschaft die Notwendigkeit internationaler Solidarität in den verflossenen Wochen der Ruhrbesetzung praktisch erlebt. Die Arbeiter Rheinlands-Westfalens, sie werden von beiden Seiten einmal mit der Peitsche behandelt — sowohl deutsche wie französische Behörden verbieten Arbeiterblätter, beschlagnahmen Flugblätter der Kommunisten, verhaften Arbeiterführer —, das andere Mal mit Zuckerbrot — von beiden Seiten wird versucht, durch Bestechung und demagogische Agitation die Arbeiterschaft zu korrumpieren und zu übertölpeln. Der rheinisch-westfälische Arbeiter weiß heute, was hinter diesem Schwindel steht. Er weiß, daß im Ruhrgebiet, soweit der Kampf sich zwischen der deutschen Bourgeoisie und der französischen abspielt, nur um den **größeren Anteil der Ausbeutung des Proletariats** gekämpft wird. Er weiß, welche schweren Gefahren ihn bedrohen in diesem Kampfe, auch bei einer Verständigung zwischen Loucheur und Stinnes, und er kämpft dagegen.

Der Aufmarsch des französischen Militarismus neben dem Machtapparat des kapitalistischen Deutschlands zeigt ihm aber auch, wie groß die Macht des internationalen Kapitalismus ist und lernt handgreiflich die Notwendigkeit nicht nur eines Kampfes im Ruhrgebiet, sondern eines Kampfes der Arbeiter der ganzen Welt; mindestens aber zunächst eines gemeinsamen Kampfes der französischen, deutschen und englischen Arbeiterschaft.

Die Betriebsräte Rheinland-Westfalens haben die Initiative ergriffen für die Herstellung einer internationalen Kampffront des proletarischen Klassenkampfes. Europa steht am Rande einer neuen Katastrophe. Wehe den Arbeiterorganisationen, die auch in dieser ernsten Stunde den Aufruf der Betriebsräte ignorieren wollen. Sie tragen die Verantwortung für all die Not und den Jammer, die die Arbeiterschaft treffen werden, wenn die Dinge so weiterlaufen, ohne daß die Arbeiterschaft in geschlossener Front eingreift. Es würde die Stunde kommen, wo sie mit Poincaré, Stinnes und Cuno von der siegenden Arbeiterklasse in einen Abgrund gestoßen würden.

Das Maximum internationaler Solidarität und Aktion zu erreichen, ist ein Gebot der Stunde und die Aufgabe des bevorstehenden internationalen Arbeiterkongresses.

Der Krieg im Westen

Die künftige Einigung zwischen Stinnes und Poincaré

Paris ist zurzeit voll von diplomatischen Kombinationen. Neben den Anhängern der alten Entente mit England stehen die Freunde des neuen Kontinentalblocks: Frankreich, Italien, Belgien usw., stehen andere, die nicht nur die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wünschen, sondern auch politisch den alten Zweibund wieder beleben möchten; dazu kommen endlich noch die Freunde der Kombination Stinnes-Poincaré. Das diplomatische Intrigenspiel in Paris, wo zurzeit die Bank- und Industrieinteressen aller Länder miteinander im Streit liegen, ist mindestens so wichtig, wie die Vorgänge auf dem Ruhrkriegsschauplatz selbst.

Der sehr gutinformierte Pariser Berichterstatter der „Times" teilt seinem Blatt mit: „Man hört hier die allerverschiedensten Aeußerungen über die künftigen Beziehungen Frankreichs zu Deutschland; aber klarer denn je tritt die Theorie hervor, daß die Erze Lothringens und die Kohlenfelder Westfalens untrennbar sind, und daß ihre Wiedervereinigung auf die eine oder andere Art erzielt werden muß. Daß am Ende der gegenwärtigen Periode der französischen Operation im Ruhrgebiet ein mehr oder minder freiwilliges Abkommen mit den Magnaten der deutschen Metallindustrie steht, scheint der wachsende Wunsch der französischen industriellen Kreise zu sein."

In diesem Zusammenhang ist eine Unterredung ganz interessant, die Herr Dr Stresemann, der politische Agent der Schwerindustrie, dem Berliner Korrespondenten des „Manchester Guardian" gewährte. Der Engländer fragte u. a.: „Was denken Sie von der Haltung der französischen und deutschen Industriellen und von der Möglichkeit eines Zusammenwirkens?" Stresemann antwortete: „In seiner Hamburger Rede hat Reichskanzler Cuno die Bereitwilligkeit der deutschen Industrie hervorgehoben, mit den anderen europäischen Industrien zusammenzuwirken. Diese Erklärung war nicht nur eine beiläufige Aeußerung, ihr ist vielmehr eine offizielle Mitteilung an den französischen Ministerpräsidenten vorangegangen, die denselben Vorschlag enthielt. Die deutsche Regierung und die Industrie waren bereit zu verhandeln; Poincaré aber ist auf die Vorschläge der deutschen Regierung nicht eingegangen. In den französischen industriellen Kreisen hat Cunos Rede kein Echo gefunden."

Die Ausführungen Stresemanns zeigen ganz deutlich, daß die deutsche Industrie nach wie vor bereit ist, die wirtschaftliche Verständigung mit dem französischen Kapital zu suchen, wenn auch Stresemann gemäß der Parole der Cuno-Regierung in der Unterredung erklärt, daß Deutschland es ablehne, unter dem Druck der französischen Bajonette zu verhandeln.

Wie um die Prozente gekämpft wird

Paris, 1. März.

Das „Echo de Paris" schreibt, daß die leitende Idee Frankreichs in den eventuell bevorstehenden Verhandlungen die sein wird, eine Regelung in der Form herbeizuführen, daß sowohl direkt wie indirekt die Ruhrminen und die Fabriken zugunsten der zerstörten Gebiete arbeiten. Ein weiterer entscheidender französischer Programmpunkt wird darin bestehen, daß in Zukunft die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Entmilitarisierung des linken Rheinufers und einer Zone von 50 Kilometer auf dem rechten Rheinufer ernsthaft eingehalten werden.

*

Inmitten des chauvinistischen Geheuls wird hüben und drüben die rührende Versöhnung Stinnes' und Loucheurs vorbereitet. Poincaré schreibt in seinem Gelbbuche über die Ruhrfrage: „Es sei ganz klar, daß die deutschen Industriellen in nähere Beziehungen zu Frankreich treten möchten, um ein großes französisch-deutsches Wirtschaftsabkommen abzuschließen. Die französischen Industriellen hätten Poincaré von den ihnen gemachten Eröffnungen in Kenntnis gesetzt. Dieser habe sie aufgefordert, nicht zu verhandeln und ihnen dargelegt, daß es sich hier um ein einfaches Manöver der deutschen Regierung handle."

Das offizielle WTB.-Bureau gibt hierzu bekannt, der deutsche Botschafter in Paris habe während der Pariser Konferenz angefragt, „ob die französische Regierung etwas dagegen habe, daß deutsche und französische Industrielle untereinander über ein deutsch-französisches Wirtschaftsabkommen verhandelten".

Das ist das wahre Gesicht des furor teutonicus, unter dessen chauvinistischer Maske die Ausbeutung des Proletariats gesteigert und die Faszistenorganisationen gestärkt werden sollen.

Cuno protestiert!

Berlin, 1. März.

Die Reichsregierung ließ durch ihre Gesandten in Paris, London und Brüssel an alle Regierungen eine gleichlautende Note überreichen, in der sie „gegen das System militärischer Handstreiche" Frankreichs und Belgiens, „gegen die Rechts- und Vertragswidrigkeit ihres Vorgehens im Ruhrgebiet", und insbesondere gegen die Vertragsverletzung der Rheinlandkommission Protest erhebt. Besonders bemerkenswert erscheint uns der Teil der Note, in dem erklärt wird, „daß die dortige Bevölkerung bisher auf dem Gebiete des Versammlungs-, Vereins- und Pressewesens von denjenigen Freiheiten Gebrauch gemacht hat, die dem Bürger jedes demokratischen Staates zustehen, die aber der Bevölkerung des besetzten Gebietes durch die interalliierte Rheinlandkommission in immer stärkerem Maße verkümmert werden".

*

Die Cuno-Regierung als Schützer der demokratischen Freiheiten der arbeitenden Bevölkerung gegen die französischen Bajonette: Welch schön und erhabenes Bild! Die Arbeiterschaft wird ihren Schutz schon selbst besorgen und könnte ein Liedchen von den demokratischen Freiheiten in Deutschland singen.

Verschärfter Belagerungszustand

Bochum, 2. März.

Hier ist eine neue Verschärfung des Belagerungszustandes angeordnet worden. Die Stunde für den Geschäftsschluß und das Eintreten der Verkehrssperre wurde auf 4 Uhr nachmittags festgelegt. In Bochum wurde ein französischer Soldat aus unbekanntem Grunde standrechtlich erschossen.

In letzter Nacht sind in Essen die Polizeireviere 1, 4 und 5 und die Hüttenwache von den Franzosen aufgehoben worden. Der Bahnhof Oberhausen-West, der seit dem 23. Januar von den Franzosen besetzt war, ist nun geräumt worden. Die Franzosen hatten in den Anlagen furchtbar gehaust. Von den Verwüstungen sind photographische Aufnahmen gemacht worden, die dem Auslande ein Bild von dem Treiben der Franzosen geben können. Heute früh haben die Franzosen die Bahnhöfe Mülheim (Hauptbahnhof), Mülheim-Styrum, Mülheim-Eppinghoven und Mülheim-Broich besetzt. Die Strecke Mülheim—Kettwig ist dadurch stillgelegt.

Bahnhof Ehrenbreitstein besetzt

Mittags besetzten die Franzosen den Bahnhof Ehrenbreitstein. Die Eisenbahner verließen den Bahnhof. Der Betrieb ist stillgelegt.

Um was geht es bei den Betriebsratswahlen?

L. K. In diesen Tagen werden überall in den Betrieben und in den Gewerkschaften die Listen für die bevorstehenden Betriebsrätewahlen aufgestellt. Die Gewerkschaftsbureaukratie, der alles daran gelegen ist, die Betriebsräte als ein Werkzeug ihrer Politik fest in der Hand zu haben, glaubt auf Grund des in Zeipzig angenommenen Antrages Breyd die Sicherungen geschaffen zu haben, um die Aufstellung der Listen entscheidend zu beeinflussen. Sie hofft, daß es ihr gelingt, ihren ganzen Apparat derart spielen zu lassen, daß die Betriebsräte im ganzen Reich Helfershelfer werden, um die Opposition gegen die Haltung des ADGB. niederzuhalten. Daß die Leitung des ADGB. bereits im Juni v. J. sich mit diesem Problem beschäftigte, und daß sie die Mehrheit, die sie auf dem Gewerkschaftskongreß besaß, dazu benutzte, um sich in aller Form als Leiterin der Betriebsrätewahlen aufzuspielen, beweist einen verdächtigen Eifer; es beweist, daß sie in den Betriebsräten bisher die stärksten Kritiker an ihrem Verhalten fand, daß sie in ihnen die stärkste Macht sieht, die ihrem Treiben Einhalt gebieten kann.

Seither haben wir den Reichsbetriebsrätekongreß erlebt. Wir haben erlebt, daß in allen Teilen des Reiches vorbereitende Tagungen stattfanden, auf denen Stellung genommen wurde zum Komplex der Aufgaben, die sich der Reichsbetriebsrätekongreß gestellt hatte. Und dieser zentrale Kongreß und die Bezirkskongresse, die ihm vorausgingen, kamen zustande unter dem schärfsten Protest des ADGB. Trotz der Androhung von Massenausschlüssen aus den Gewerkschaften ließ sich die Arbeiterschaft in ungezählten Betrieben nicht davon abhalten, ihre Vertrauensleute zu dem Kongreß zu entsenden; unter den Gewählten befand sich eine stattliche Anzahl von SPD.-Genossen; die Finanzierung des Reichsbetriebsrätekongresses erfolgte auf dem Weg von freiwilligen Sammlungen in den Betrieben.

Das Nachspiel des Reichsbetriebsrätekongresses war der Streik von Ludwigshafen, wo sich 30 000 Arbeiter mit den gemaßregelten Teilnehmern des Reichsbetriebsrätekongresses solidarisch erklärten, und der Arbeiterschaft der ganzen Welt ein herrliches Beispiel aktiver Solidarität gaben. Allerdings bedeutet Ludwigshafen zugleich die tiefste Erniedrigung der deutschen Gewerkschaftsbureaukratie, den schamlosesten Verrat an Arbeiterinteressen, die erschreckendste Besiegelung der Einheitsfront zwischen Unternehmertum und ADGB. Trotz alledem aber wagten die Gewerkschaftsgewaltigen nicht, ihre Drohung wahrzumachen und bis auf vereinzelte Fälle im Bauarbeiterverband und im DEV. sahen die Gewerkschaftsgewaltigen von Maßregelungen der Teilnehmer des Reichsbetriebsrätekongresses ab.

Was bedeutet das? Das bedeutet ganz dasselbe, was die schwankende Haltung des schlauesten Gewerkschaftsstrategen, Robert Dißmann, in der Frage des Reichsbetriebsrätekongresses bedeutet, nämlich, daß die gesamte Taktik des ADGB. zuletzt doch abhängig von der Stärke des Massenwillens, der ihr gegenübersteht und daß das freche Spiel mit den Lebensinteressen der deutschen Arbeiterschaft nur solange fortgesetzt werden kann, bis es an einer machtvollen Massenbewegung sein Damaskus findet.

Und angesichts dieser Tatsachen glaubt der ADGB., durch formale Bedingungen verhindern zu können, daß die deutsche Arbeiterschaft diejenigen als Kandidaten zur Betriebsrätewahl aufstellt, die die ernsthafte Gewähr dafür bieten, daß sie dem Unternehmertum gegenüber festbleiben und daß sie die zähesten Verfechter der Arbeiterinteressen sind. Der Reichsbetriebsrätekongreß hat gezeigt, daß in breiten Teilen der Betriebsräte das Bewußtsein noch wach ist, daß sie einen letzten Posten der Revolutionserrungenschaften darstellen, daß sie Träger des proletarischen Befreiungswillens sind. Der Reichsbetriebsrätekongreß hat aber ferner eine ganze Reihe von konkreten Aufgaben aufgezeigt, zu deren Lösung die Mitwirkung der Betriebsräte dringend erforderlich ist. Die Sachwerterfassung, die Produktionskontrolle, die Einflußnahme auf die Preisbildung — sie können nur zur Tatsache werden unter lebendiger Mitwirkung der Betriebsräte und der ihnen eng verbundenen Kontrollausschüsse. Alle diese Aufgaben sind durch den Reichsbetriebsrätekongreß erst vorgezeichnet worden; die seither rasend fortgeschrittene Teuerung hat ihre Erfüllung nur umso dringlicher gemacht; sie erheischt es, daß bei den Betriebsrätewahlen solche Kandidaten aufgestellt werden, die bereit sind, den Kampf gegen Elend und Not mit aller Energie zu führen, und daß ferner auch eine entsprechende Zahl klassenbewußter Frauen zu Betriebsräten gewählt wird. Seit dem Reichsbetriebsrätekongreß hat sich aber nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Lage außerordentlich verschärft. Wir stehen außenpolitisch unter dem Zeichen der Ruhrbesetzung, innerpolitisch unter dem der zunehmenden faszistischen Gefahr. Beide Ereignisse erfordern die gespannteste Aktivität der Gesamtarbeiterschaft und vor allem ihrer berufensten Vertreter, der Betriebsräte. Die letzten Wochen haben unter den Betriebsräten des Ruhrgebiets eine Abwehrbewegung gegen die nationalistische Verhetzung gezeitigt, der auch die Gewerkschaften Vorschub leisten. Das Verhalten der Betriebsräte wird ausschlaggebend dafür sein, daß es gelingt, statt der Front gegen den französischen Kapitalismus allein die Front gegen den deutschen und den französischen Kapitalismus aufzurichten und aus der tiefsten Verwirrung, die die Frucht des Nachkriegsimperialismus ist, zur proletarischen Betätigung nach dem Beispiel Sowjet-Rußlands vorzustoßen. Die Betriebsräte werden aber auch entscheidend mitwirken

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230302-19/fragment/page=0001

müssen, um gegen die faszistischen Arbeitermörder das Millionenheer in den Betrieben mit den nötigsten Waffen auszurüsten.

Gleichzeitig hat in Sachsen die Arbeiterschaft an die Betriebsräte appelliert, damit sie dafür sorgen, daß die neue Regierung nicht wiederum zu einem Vorposten der Cuno-Regierung, sondern zu einer wirklichen Arbeiter-Regierung werde. In Sachsen und im Rheinland sind Bezirks-Betriebsrätekongresse in Vorbereitung. In solch bewegter Zeit kann man weniger als je Massenbewegungen durch papierene Erlässe lenken. Auch die viel erfahrenen Gewerkschaftsstrategen werden das nicht können. Die Entscheidung darüber, wer ihres Vertrauens würdig ist, wer ein unerschrockener Verfechter der proletarischen Interessen ist, wer die nötige Schulung besitzt, um in der schwierigen politischen und wirtschaftlichen Situation, in der wir stehen, die deutsche Arbeiterschaft zu vertreten, hat letzten Endes die Arbeiterschaft selbst. Es ist durchaus nicht gesagt, daß in allen Fällen das Parteibuch Ausschluß darüber gibt, wo die zuverlässigsten, proletarischen Kämpfer und Kämpferinnen sitzen. Die Arbeiterschaft in den Betrieben aber kennt ihre Kameraden, sie weiß, wer den Aufgaben, die heute an sie gestellt sind, am besten gewachsen ist.

Heraus mit diesen besten Kämpfern, auf — die Betriebsrätelisten!

Die Preisschraube

Reichswirtschaftsminister Becker erklärte am Mittwoch im Haushaltungsausschuß des Reichstages, die Basis für alle Warenpreise gebe die Kohle her. Der Kohlenpreis werde durch drei Faktoren bestimmt: 1. durch die Eisenpreise, 2. durch die Holzpreise und 3. durch Bergarbeiterlöhne.

Daß die Eisenpreise den Hauptfaktor bei der Gestaltung der Kohlenpreise abgeben, ist eine Erfindung des Reichswirtschaftsministers. Die Kosten für Eisen verschwinden gegenüber den Lohnkosten und den Kosten für Holz zu einem unverhältnismäßig kleinen Bruchteil. Aber das Rätsel der Bederschen Erfindung löst sich leicht. Die Eisenpreise und die Kohlenpreise werden von denselben Leuten diktiert. Wollen die Stinnes höhere Kohlenpreise, dann berufen sie sich auf die hohen Eisenpreise, und haben sie das Bedürfnis (es ist immer vorhanden), die Preise für Eisen zu erhöhen, dann verweisen sie auf die gestiegenen Kohlenpreise. So bleibt die Schraube in Bewegung. Der Reichswirtschaftsminister Becker sprach nicht von einem Preisstillstand für Kohle und Eisen, er sprach nur von der Notwendigkeit, die Löhne nicht weiter steigen zu lassen. Man konnte meinen, der Syndikus des Kohlensyndikats oder des Stahlwerkverbandes hätte im Reichsausschuß die unverschämte Preispolitik der Montankönige zu vertreten gehabt.

•

Eine neue Quelle der Bereicherung für die Kapitalisten

WTB. **Berlin**, 1. März.

Im Hauptausschuß des Reichstages stand der Gesetzentwurf über die Beschaffung weiterer Mittel zur Bildung eines Devisenfonds zur Beratung. Der Reichsfinanzminister führte aus, daß im Interesse der Stützung der Währung das Reich eines jederzeit greifbaren Vorrates an Devisen bedürfe. Eine Anleihe von 50 Millionen Dollars solle ausgegeben werden. Um die in der Privatwirtschaft vorhandenen Devisen, soweit sie nicht für laufende Verpflichtungen gebraucht würden, dem allgemeinen Interesse dienstbar zu machen, sei es nötig, die Anleihe in ausländischer Währung aufzulegen, da ihr Ziel nur erreicht werden könne, wenn dem Reiche ausländische Zahlungsmittel zufließen. Die Einzahlung könne unter entsprechender Anrechnung in jeder hochwertigen Währung geleistet werden. Der Devisenfonds wird gesondert verwaltet werden und im Zeitpunkt der Fälligkeit der Anleihe zumindest den für die Tilgung erforderlichen Betrag enthalten. Nach längeren Ausführungen des ehemaligen Reichswirtschaftsministers Schmidt (Soz.), der mit seinen sozialistischen Parteifreunden dem Grundgedanken der Anleihe **ebenso sympathisch gegenübersteht wie der Abgeordnete Riedner und Dr. Helfferich**, wurde die Ueberschrift und der grundlegende Paragraph 1 des Gesetzentwurfs nach den von Dr. Helfferich beantragten Aenderungen angenommen.

•

Die Meldung des Wolffschen Bureaus läßt die Tendenz des „Gesetzes über die Ausgabe von Dollar-Schatzanweisungen" wie es jetzt auf Antrag Helfferichs getauft wurde, klar und deutlich erkennen. Es wird ein Devisenfonds geschaffen, aus dem die Regierung, so oft der Dollar steigt, Devisen auf den Markt wirft, um ihn wieder zu senken. Der Devisenfonds ist somit nichts anderes als eine neue Quelle dauernder Bereicherung für die Kapitalisten, denen damit Gelegenheit gegeben wird, die Devisen, die sie als Anteile geben, immer wieder für billiges Geld zu kaufen. Obendrein genießen sie noch den Vorteil, die als Anteile hingegebenen Devisen gut verzinst zu erhalten, was ausgeschlossen ist, wenn sie sie so bei den Banken deponieten.

Das neue Profitgeschäft ist so gewinnbringend, daß die Kapitalisten es für gut hielten, keinerlei Nachweisungen über Einnahmen und Ausgaben aus dem Devisenfonds in der Reichshaushaltrechnung stattfinden zu lassen, damit ein zahlenmäßiger Nachweis über die Ausmwucherung des Staates durch die Kapitalisten ausgeschlossen ist.

Die Sozialdemokraten, die schon allein die Zustimmung Hefferichs stutzig machen müßte, scheuen sich nicht, auch hier wieder einen schmählichen Verrat zu begehen. Sie eröffnen den Kapitalisten neue Profitmöglichkeiten, anstatt den Kampf für die Erfassung der Sachwerte aufzunehmen und damit den Kapitalisten alle Lasten des Krieges und der Reparationen aufzubürden.

Das Ruhr-Proletariat kampfbereit

Altverbändler und Christliche für den Betriebsrätekongreß

(Eigener Bericht)

Buer, 1. März.

In Westerholt bei Buer beschäftigte sich eine sehr stark besuchte Belegschaftsversammlung der Schachtanlage mit der Situation im Ruhrgebiet. Gegen nur eine Stimme wurde beschlossen, den **Betriebsrätekongreß Rheinland und Westfalen zu beschicken.** Als Delegierte wurden drei Betriebsräte, je ein **Mitglied der Union, des Alten Bergarbeiterverbandes und des Christlichen Gewerkvereins gewählt.** Die Belegschaft finanziert die Delegation selbst. Einstimmig angenommen wurde noch eine Resolution, in der die Betriebsräte aufgefordert wurden, den Kampf gegen nationalistische Angriffe zu organisieren.

Für Betriebsräte und Selbstschutz

(Eigener Bericht)

Duisburg, 1. März.

Eine Betriebsrätevollversammlung für das linksrheinische Gebiet, die in **Duisburg** tagte, und in der Betriebsräte aller Richtungen anwesend waren, stellte sich nach eingehender Aussprache auf den Boden der Forderungen des 21er Betriebsrätеausschusses. Sie verpflichtete sich, die Belegschaften aufzufordern, den rheinisch-westfälischen Betriebsrätekongreß restlos zu beschicken. Man war sich einig in der Forderung der **sofortigen Schaffung des proletarischen Selbstschutzes** bzw. Organisierung von Hundertschaften. — Eine **vom Zentralverband der Angestellten**, Zahlstelle **Rheinhausen**, einberufene Konferenz stellte sich ebenfalls auf den Boden der revolutionären Betriebsräte, desgleichen eine überfüllte **öffentliche Volksversammlung der Meerbeck-Mörser** Arbeiterschaft.

Essen, 1. März.

Eine starkbesuchte Belegschaftsversammlung der Zeche Viktoria Matthias (Essen) erklärte sich für die Bildung proletarischer **Selbstschutzorganisationen.** Ueberall sollen Hundertschaften gebildet werden. Weiter wurde beschlossen, den rheinischen **Betriebsrätekongreß** zu beschicken. **Zwei Delegierte wurden gewählt.**

Betriebsrätekongreß

Essen, 28. Februar.

Der **Rheinisch-Westfälische Betriebsrätekongreß** wurde vom 23er Ausschuß auf den **11. März verschoben.** Verschiedenen ausländischen Delegierten ist es nicht möglich, schon am 4. März in Essen einzutreffen. Die Zeit bis zum 11. März soll mit verstärkter Propaganda für die wichtige Tagung der rheinisch-westfälischen Betriebsräte ausgenutzt werden.

Der große Kohlenkrieg

IV

Der Zusammenbruch des Versailler Systems

Die neue Kohlenpolitik der deutschen Kapitalisten zerstört die Pläne der französischen Schwerindustrie

Als Anfang 1922 unter dem Druck der französischen Regierung der größte Teil der oberschlesischen Kohlengruben Polen zugesprochen wurde, hatte Deutschland plötzlich nicht mehr genügend Kohle zur Deckung seines Eigenbedarfs. Zur Abwehr dieser Gefahr mußte die Produktion gesteigert werden. Aber die deutschen Kohlengruben hatten angeblich nicht die erforderlichen Mittel zur Schaffung der neuen Anlagen. Da erklärten Stinnes und seine Freunde in raschem Frontwechsel sich mit einem Male für die **Politik der teuren Kohle.**

Im März d. J. erhöhte die Reichsregierung, gegen die Frankreich in einem fort den Vorwurf der fiskalischen Schwächlichkeit erhob, die Kohlensteuer von 20 auf 40 Prozent. Gleichzeitig setzte sie die Frachttarife ganz bedeutend herauf. Und bald darauf erreichte der Preis der deutschen Kohle auf dem Inlandsmarkte nahezu den Preis der englischen Kohle.

Fortan konnte das französische Kohlenzechenkomitee die Lieferungen an Ruhrkohle nicht mehr zur künstlichen Senkung der französischen Kohlenpreise nutzbar machen. Sogar der Zusammenbruch der Mark nutzte da nichts mehr, da die Reichsregierung sofort nach jeder neuen Valutakrisis auch den Markpreis der Kohlen erhöht. Die Folge davon ist, daß die **französischen Kohlenzechen** nun ihrerseits ebenfalls ihre Preise heraufsetzen mußten, und dadurch bringt jetzt wieder die englische Kohle in Höhe von rund einer Million Tonnen pro Monat in die französischen Häfen ein. Die französischen Kohlenbergwerke, die jetzt zugleich gegen die steigenden Preise der Erfüllungskohle und gegen die englische Konkurrenz anzukämpfen haben, sehen ihre Dividenden bedroht und suchen dieser Gefahr durch den Versuch des Abbaues der Bergarbeiterlöhne zu begegnen. Doch die Bergarbeiter setzen sich dagegen unter dem Druck der Teuerung, die die Dekrete des Ernährungsministers Chéron nicht abzuschwächen vermögen, energisch zur Wehr.

Und damit befanden wir uns erneut am Vorabend einer großen schweren wirtschaftlichen und sozialen Krisis.

V

Der Zusammenbruch des Systems

Tatsächlich brach jetzt die ganze sinnreiche, auf dem Versailler Friedensvertrag aufgebaute Kombination in sich zusammen; und dies war die unmittelbare Folge der von Frankreich in Oberschlesien betriebenen polenfreundlichen Politik. Der Imperialismus erlebt zuweilen solche unvorhergesehene Rückschläge, durch die er seine eigenen Teilhaber trifft.

Was sollte man unter diesen Verhältnissen jetzt beginnen?

Da die Ruhrkohlenlieferungen zum Ausgleich des französischen Bedarfsdefizits, das sich vielmehr inzwischen in einen Kohlenüberschuß verwandelt hat, nicht mehr notwendig sind, ja da man sie nicht einmal mehr zur Senkung des Kohlenpreises auf dem französischen Innenmarkt verwenden kann, so konnte man zweifelsohne darauf verzichten. Dann könnten auch die Engländer freudig ihr kostspieliges Dumping aufgeben, die französischen Kohlengruben würden eine fühlbare Entlastung erfahren, die Belgier und Italiener würden sich freuen, die Deutschen wären entzückt, und man könnte von ihnen als Gegenleistung Baumaterialien fordern, an denen es den französischen Kriegsbeschädigten so ungeheuerlich gebricht. Alle verschiedenartigen Interessen wären zufriedengestellt und eine ernstliche Entspannung der gesamten internationalen Beziehungen würde in die Wege geleitet.

Die großen französischen Kohlenzechen hätten sich zweifellos gern mit einer solchen Regelung abgefunden, aber, es bleibt jetzt noch die größte Schwierigkeit bestehen: **Das Ruhrgebiet liefert an Frankreich nicht bloß Steinkohle, sondern auch den zur Inbetriebsetzung der lothringischen Hochöfen notwendigen Koks. Es handelt sich hier nicht mehr bloß um die Kohle, sondern auch um das Eisen.**

Und hier trat nun das allmächtige Eisenhüttenkomitee auf den Plan! Zur Rettung der Situation verlangte es die Okkupation der Ruhr.

Prozeß gegen die „Rote Fahne". Gestern fand ein politischer Prozeß gegen die „Rote Fahne" statt. Der Redakteur Janus wurde zu 20 000 Mark, Neumann zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt.

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten wird nunmehr endgültig auf die Tagesordnung der Sitzung vom 9. März gesetzt werden.

Horthys Justiz. In Bukarest wurden vier „erwachende Ungarn", die ein Attentat auf den rumänischen König planten, zu je zehn Jahren Kerker verurteilt.

„Schutz der Republik" in der Tschechei. Das tschechische Sondergesetz „zum Schutz der Republik" wurde trotz Opposition im Parlamentsausschuß gutgeheißen.

Arbeitslosenziffern. Die Zahl der Arbeitslosen in der Tschechoslowakei betrug im Januar 190 000. In England betrug die Zahl der Arbeitslosen am 19. Februar 1 340 200, also um 145 678 weniger als am 1. Januar d. J. Wahrscheinlich eine der Folgen der gesteigerten Kohlenausfuhr nach Deutschland.

Neue Alarmzeichen!

Eine militärische Organisation des Landbund

Plan einer allgemeinen Volkserhebung

Der Faszistenaufmarsch in Freyburg a. d. Unstrut ist noch in aller Erinnerung. Am letzten Sonntag sollte in Weißenfels ein ähnlicher lokaler Rummel in Szene gehen; dank der Wachsamkeit der Arbeiter fiel die Sache aber ins Wasser. In Zeitz wurde in den letzten Tagen eine Faszistenversammlung von den Zeitzer Arbeitern gesprengt. Man sieht also, wie die Faszisten versuchen, unter allen Umständen ihre Pläne durchzuführen. Nun kommt eine neue Alarm-Meldung, die größte Beachtung verdient. Wie dem „Zeitzer Volksboten" berichtet wird, fand am 16. Februar, nachmittags, eine Landbundversammlung für die Landbundmitglieder aus Obermöllern, Niedermöllern und Pomnitz (Kreis Naumburg) statt. Leiter war der Vorsitzende des Kreislandbundes, der Landwirt Alfred Haertel aus Niedermöllern, der den Anwesenden folgendes auseinandersetzte:

„**Der Landbund hat beschlossen, Mittel für eine vierwöchige militärische Ausbildung von jungen ungedienten Leuten aufzubringen. Man wolle dann, wenn das geschehen ist, ähnlich wie 1813, eine Volkserhebung inszenieren, wodurch die Regierung, die sich jetzt immer noch an die Friedensvertragsbestimmungen gebunden fühle, mitgerissen werden solle.**

Jedes Mitglied des Landbundes solle deshalb zu diesem Zwecke je Morgen der Wirtschaft 500 Mark an den Landbund abführen. Man hoffe auf diese Weise im Stadt- und Landkreis Naumburg an der Saale etwa 20 Millionen Mark zusammenzubringen, die der Landbund so lange anlegen will, bis die Verwendung zum besagten Zwecke möglich wird. Zur Erhebung des Geldes soll eine Finanzkommission gebildet werden."

So also sieht die Sache! Die Gefahr droht ins Riesengroße zu wachsen. Arbeiter, wacht auf! Sammelt Euch! **Bildet sofort Selbstschutzorganisationen!** Glaubt nicht, daß die Regierung gegen diese verbrecherischen Pläne der Faszisten etwas unternimmt; die Unterredungen der Regierung mit den nationalistischen Bandenführern, die kürzlich im Reichswehrministerium stattgefunden haben, lassen eine solche Schlußfolgerung nicht zu. Ihr müßt Euch selbst helfen! Heute schon bestehen unzählige nationalistische Formationen, neue sind in Vorbereitung. Arbeiter, wie lange wollt Ihr da noch warten? Heraus aus der Reserve! Schart Euch zusammen, damit Ihr dem unvermeidlichen Kampf begegnen und die ganze konterrevolutionäre Gesellschaft zum Teufel jagen könnt. Es ist keine Minute zu verlieren!

•

Der Kampf der Arbeiterschaft gegen nationalistische Provokationen

Fast überall, wo die Nationalisten und Faszisten aufmarschieren, stellt sich jetzt die Arbeiterschaft ihnen entgegen.

In Kassel kam es am Mittwoch infolge faszistischer Provokationen zu Zusammenstößen, bei denen die Schupo auf seiten der Faszisten stand. Diese wollten eine Teil-Aufführung im Stadttheater für ihren nationalistischen Rummel benutzen. Nach der Aufführung sollte eine Demonstration der Faszisten stattfinden. Einige hundert Arbeiter, die sich auf die Nachricht von dieser Absicht eingefunden hatten, vereitelten die Demonstration. Die Schupo ging zum Schutz der Nationalisten mit entsichertem Karabiner gegen die Arbeiter vor. Einige Genossen wurden festgenommen und erst in später Nachtstunde wieder freigelassen, darunter der Bezirkssekretär Genosse Wollweber und das Mitglied der Bezirksleitung Genosse Lohagen.

Am Freitag veranstaltet die Arbeiterschaft Kassels in den Stadtparkälen gegen diese Faszistenprovokation eine große Protestversammlung, die von dem Betriebsrätеausschuß und der KPD. einberufen ist. In den Betrieben macht sich eine starke Erregung der Arbeiterschaft bemerkbar. Obwohl die VSPD.-Bureaukratie gegen die Selbstschutzbewegung der Arbeiter ist, war ein großer Teil der Arbeiter-Jugend und der VSPD.-Arbeiter unter den Demonstranten.

In Schwerin hatte der am Rathenau-Mord beteiligte Erich Baade am letzten Sonnabend seine Banden zusammengerufen. Mit Gummiknüppeln, Revolvern, Stöcken und Schlagringen waren sie aufmarschiert. Als die Arbeiterschaft auf der Straße gegen die Faszisten demonstrierte, kam die Polizei des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Stalling jenen zu Hilfe. Unter dem Schutze der Polizei konnten die Faszisten im geschlossenen Zuge nach einem freien Platz marschieren, wo sie unter Singen des Hakenkreuzliedes sich auflösten.

Die Erregung der Arbeiterschaft Schwerins über die Frechheit der Faszisten und ihre Unterstützung durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten ist sehr groß.

•

Hakenkreuzler-Demonstration vor der „Münchener Post"

München, 1. März.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, zog heute ein Teil der hier angekommenen Ruhrflüchtlinge, die sich über die Notiz der „Münchener Post": „Was geht vor?" erregt hatten, vor das Verlagsgebäude der Zeitung. In der betreffenden Notiz war ausgeführt worden, daß es sich nicht um Ruhrflüchtlinge, sondern um arbeitslose und um arbeitsscheue Elemente, die durch Hakenkreuzler nach München gezogen worden seien, handele. Die Demonstranten, unter denen sich auch Nationalsozialisten befanden, versuchten in das Gebäude einzudringen. Die Polizei verhinderte dies jedoch und räumte den Platz vor dem Gebäude, wobei eine Anzahl Personen festgenommen wurden. Zu Zerstörungen ist es nicht gekommen.

Die Herren „Ruhrflüchtlinge" erregen sich zu Unrecht: es steht längst fest, daß sie von den Faszisten geworben sind; ihre Unterstützung durch die Münchener Banden Hitlers beweist es noch einmal.

Der faszistischen Handgranate folgt die faszistische Demonstration als zweite Warnung für die Arbeiterschaft.

•

Gift, Schlagring, Dolch

Die Waffen der Deutschvölkischen

Nach Mitteilung des „Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes" wurde anläßlich eines sozialdemokratischen Volkstages in Stargard ein Attentatsversuch gegen führende Sozialdemokraten, darunter auch den Reichstagspräsidenten Loebe geplant, und zwar durch vier jugendliche Personen, die sich in den Saal eingeschlichen hatten. Im einzelnen wird hierüber noch mitgeteilt: Nur einer der Jünglinge stammt aus Stargard selbst, die anderen drei waren zugereist, und zwar ohne Papiere, so daß die Ausrede des einen, er habe Arbeit gesucht, schon dadurch hinfällig ist. Alle drei, bei denen außer einer Schwefelflüssigkeit 30 kleine Glasröhren, ein Schlagring und ein Dolchmesser gefunden wurden, stammen aus den westlichen Berliner Vororten. Der Polizei gaben sie folgende Namen an: Alfred Wels aus Wannsee, Wilhelm Fromme aus Nowawes und Heinecke aus Potsdam. Fromme, der, wie er angab, keinen bestimmten Beruf erlernt hat, sondern in Nowawes sich ohne Stellung herumtrieb, war Mitglied der „Großdeutschen Arbeiterpartei" gewesen und ist nach deren Auflösung vor vier Wochen zur Deutschvölkischen „Freiheitspartei übergetreten.

•

Hakenkreuzlerskandal in der Stadtverordnetenversammlung. Gestern stand im Berliner Rathaus in der Stadtverordnetenversammlung ein Antrag auf der Tagesordnung, verschiedene monarchistische Straßennahmen umzuändern in Rathenau- und Erzbergerstraße. Die Stahlhelmleute waren in Trupps auf der Tribüne erschienen, um gegen die Umbenennung der deutschnationalen Namen zu protestieren. Die Stahlhelmleute auf der Tribüne standen in Verbindung mit den deutschnationalen Stadtverordneten im Saale. Als die Hakenkreuzler unflätige Beschimpfungen in den Saal riefen begaben sich die kommunistischen Stadtverordneten zur Tribüne, was ein Verschwinden des größeren Teiles der deutschvölkischen Helden zur Folge hatte. Die noch anwesenden Stahlhelmleute wurden den Ausreißern nachbefördert.

Dollar heute vormittag 22700 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230302-19/fragment/page=0002

Um die Arbeiter-Regierung in Sachsen

Aus Dresden wird uns gemeldet:

In einer gestern stattgefundenen Besprechung von Vertretern der Fraktionen der KPD. und USPD. wurden nach eingehender Aussprache folgende Richtlinien für die Lösung der Regierungskrise in Sachsen aufgestellt:

Gemeinsame Einberufung eines sächsischen Betriebsrätekongresses durch den Landesausschuß des ADGB., USPD. und KPD. Tagesordnung: Die politische Lage in Sachsen. Beide Parteien stellen Referenten. Die Parteien haben das Recht der freien Agitation und der Vorlegung selbständiger politischer Entschließungen. Das vom Kongreß angenommene politische Programm wird von den Parteien unterstützt und durchgeführt. Sind die politischen Voraussetzungen für die Bildung der Arbeiter-Regierung gegeben, soll die Regierungsbildung an Personenfragen nicht scheitern.

Die grundsätzliche Stellung der Parteien zum Staat und zur Gesellschaft bedeutet die Freiheit und Unabhängigkeit der Propaganda dieser Grundsätze und bleibt von den Beschlüssen des Kongresses unberührt.

Sollte trotz des Beschlusses des Landesparteitages der ADGB. sich weigern, bei der Einberufung des Betriebsrätekongresses mitzuwirken, so ist dadurch eine neue politische Situation geschaffen, die erneute Verhandlungen bedingt.

Für den Fall, daß sich der Kongreß wider Erwarten gegen die Unterbreitung aller Gesetzesvorlagen der Arbeiter-Regierung an das Exekutivorgan des Landesbetriebsrätekongresses sowie die Bildung von Arbeiterwehren ausspricht, kann für die KPD. der Eintritt in die Regierung nicht in Frage kommen. Durch die Annahme der Verpflichtung, das politische Programm des Kongresses zu unterstützen und durchzuführen, ist die Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung gegeben.

*

Die Verhandlungen fanden statt zwischen Vertretern der USPD. und der KPD.-Fraktionen. Endgültig über das politische Ergebnis werden natürlich die Parteien entscheiden. Für die sozialdemokratischen Arbeiter in Sachsen gilt es jedoch, den Kampf und die Entscheidung zwischen bürgerlicher Koalitionsregierung und zwischen Betriebsrätekongreß zu führen. Der Landesparteitag der USPD. am 4. März in Dresden ist vor diese bedeutungsvolle Entscheidung gestellt. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen dafür sorgen, daß ihre Führer nicht im bürgerlichen, sondern im proletarischen Sinne entscheiden.

Einen Offenen Brief

an die Delegierten des Landesparteitages Sachsen der USPD. und an die sozialdemokratischen Arbeiter Sachsens veröffentlicht der sächsische Landesvorstand und die kommunistische Landtagsfraktion der KPD. Um den Weg zu einer Verständigung auf proletarischer Grundlage nicht zu versperren, unterbreiten sie unter Zurückweisung der auf Verständigung mit den Demokraten und der Deutschen Volkspartei abzielenden Richtlinien der SPD. ein kommunistisches Arbeitsprogramm für die Arbeiter-Regierung; es enthält Vorschläge zum Schutze der Arbeiter-Regierung, für Amnestie, Schutz des Existenzminimums, ausreichende Wohngelegenheit, Kampf gegen den Wucher, Beseitigung des Steuerabzuges, Erfassung der Sachwerte usw. Die Einberufung eines Betriebsrätekongresses für Sachsen wird gefordert, und die KPD. erklärt, sich für die Durchführung des politischen Programms des Betriebsrätekongresses mit allen Mitteln einzusetzen, auch wenn dasselbe nicht in allen Teilen den Forderungen der KPD. entsprechen sollte. Finde sich die Sozialdemokratische Partei bereit zu einer Verständigung auf dieser Basis, dann würde eine Auflösung des Landtages überflüssig, da zur Durchführung unserer Vorschläge die jetzige Arbeitermehrheit genügt. Der Aufruf schließt: „Zeigt der Bourgeoisie die Zähne! Errichtet mit uns die erste Arbeiter-Regierung Europas, das unerschütterliche Bollwerk gegen die Konterrevolution, das Fanal zum Gegenangriff des Proletariats gegen die Offensive des Kapitals! Es lebe die Einheitsfront des Proletariats! Es lebe die sächsische Arbeiter-Regierung!"

Die Immunität des Genossen Eisenberger aufgehoben

(Eigene Drahtmeldung)

München, 1. März.

Der Geschäftsordnungsausschuß des bayrischen Landtags hat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und bei Stimmenthaltung der Demokraten die Immunität des Genossen Eisenberger aufgehoben.

*

Das bayrische Faszisten-Parlament arbeitet mit Hochdruck. Gestern kam die Nachricht, daß gegen Genossen Eisenberger ein Verfahren wegen Hochverrats eingeleitet sei und schon hat der Geschäftsordnungsausschuß des Landtags die Immunität aufgehoben, um Genossen Eisenberger dem „Volks"gericht der Orgesch auszuliefern.

Der „Hochverrat" des Genossen Eisenberger besteht darin, daß er die Reichstagsrede des Genossen Frölich über die Verbindungen der Faszisten mit der Reichswehr abgedruckt hat. Nach der Reichsverfassung ist der Nachdruck von Reichstagsreden straffrei. Die Reichsverfassung ist aber für die regierenden Faszisten Bayerns nur ein Zwirnsfaden. Ihre bewaffneten Organisationen setzen ihren Willen gegen die Verfassung durch. Und dieser Wille ist, daß alle die ins Gefängnis geworfen werden, die es wagen, die Verschwörerpläne, den Hoch- und Landesverrat der Faszisten, aufzudecken.

Erste internationale Arbeiteranleihe

Zur Finanzierung ihrer produktiven Unternehmungen in Rußland in Landwirtschaft, Industrie, Bergbau, Fischerei usw., legt die internationale Arbeiterhilfe für Sowjet-Rußland die erste Internationale Arbeiter-Anleihe für Sowjet-Rußland im Gesamtbetrage von einer Million Dollar zur öffentlichen Zeichnung auf. Das Geld dient zur Versorgung der in der Verwaltung der Internationalen Arbeiterhilfe befindlichen Betriebe mit Maschinen, Rohstoffen, Werkzeugen, Saatgut usw., sowie zur Uebernahme neuer ähnlicher Unternehmungen.

Verzinsung 5 Prozent. Rückzahlung ab 1. Januar 1933 nach sechsmonatiger Kündigung. Die Anleihe ist eingeteilt in Obligationen von 1,10 und 100 Dollar, ferner von 1000, 5000, 10 000 und 100 000 Mk.

Für pünktliche Verzinsung und Rückzahlung haftet die Internationale Arbeiterhilfe mit allen ihren innerhalb und außerhalb Rußlands liegenden Unternehmungen und Werten. Außerdem hat die Sowjet-Regierung die volle Garantie für Verzinsung und Rückzahlung übernommen.

Die Verwaltung des Allgemeinen Konsumvereins in Halle beschloß, sich an der Internationalen Arbeiteranleihe zu beteiligen und hat zu diesem Zwecke in sämtlichen 36 Verkaufsstellen Plakate zum Aushang gebracht, sowie Zeichnungslisten ausgelegt.

Es wird weiter erfüllt für Serbien!

Im Haushaltausschuß des Reichstags fand kürzlich eine interessante Debatte im Zusammenhang mit dem Etat des Reichsministeriums für Wiederaufbau statt. Nach Mitteilung der Regierungsvertreter hatten die deutschen Sachlieferungen an die Entente im Jahre 1922 einen Gesamtwert von 159 Millionen Goldmark. Die seit dem 1. Januar 1923 ausgeführten und nach dem augenblicklichen Stand für dieses Jahr bereits angeforderten Reparationssachlieferungen belaufen sich auf **209 Millionen Goldmark.** Hiervon entfällt wiederum der größte Teil auf Serbien.

Die Sachlieferungen an Frankreich sind bisher aus verschiedenen Gründen noch nicht in Fluß gekommen. Aber dafür bieten die deutschen Reparationslieferungen an Jugoslawien einen kleinen Vorgeschmack dessen, was bei Ausführung des Stinnes-Lubersac-Vertrages zu erwarten ist. Dieser Wiederaufbau Serbiens ist ein Bombengeschäft für gewisse deutsche Schwerindustrielle. Man liefert nach Serbien alles, was von dort bestellt wird: Pflüge, landwirtschaftliche Maschinen usw. Denn die Serben zahlen jeden Preis, freilich nicht in bar, sondern in Quittungen, die dann die deutsche Reichsregierung an den deutschen Lieferanten auszuzahlen hat. Man kann sich einigermaßen denken, was für märchenhafte Preise für diese serbischen Reparationspflüge gefordert und aus der Tasche des deutschen Steuerzahlers, d. h. des deutschen Arbeiters gezahlt werden! Offenbar besteht ein Zusammenhang zwischen dem blühenden Reparationsgeschäft Deutschlands mit Serbien und zwischen den Niederlassungen, die der Stinnestrust in den letzten Monaten in demselben Lande errichtet hat.

Die Not der Kriegsopfer und Sozialrentner

Zur Konferenz der Invaliden in Erfurt

Die Zusammenkunft der Delegierten der Kriegsopfer und Sozialrentner, die aus zahlreichen Orten Mitteldeutschlands am 4. März in Erfurt zusammentreten, ist von symptomatischer Bedeutung. Sie ist aus der Not der Zeit, aus der bittern Not, in der die Opfer des Krieges und des Kapitals leben — richtiger gesagt, darben und dahinsiechen müssen und nicht zuletzt aus der gewonnenen Einsicht geboren, daß gemeinsames entschlossenes Handeln mehr als je geboten ist. Das Bestehen von mehr als einem Dutzend lokaler und zentraler Invalidenverbände stand bisher oft dem so notwendigen gemeinsamen Kampfe im Wege, was den Spitzenverbänden der Kriegsopferorganisationen nicht gelang, das möge in Erfurt für Mitteldeutschland erreicht werden. Was jedem Delegierten Wunsch und Hoffnung ist, muß erfüllt werden. Eine einheitliche Kampffront, eine wichtige Etappe in der Schaffung der Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Enterbten muß erstehen.

Nach der vorläufigen Tagesordnung, die vom Internationalen Bund, Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Zentralverband der Invaliden vereinbart ist, stehen 1. die wirtschaftliche Lage der Rentenempfänger und 2. wie steuern wir der Verelendung sämtlicher Rentenempfänger, als Tagesordnungspunkte zur Beratung. „Der Dank des Vaterlandes" wird sich dort als eine große Kulturschande, als ein unerhörter zynischer Volksbetrug, begangen an den Mühseligen und Beladenen offenbaren und muß dementsprechend angeprangert werden.

In immer unverschämterer Weise zeigt der kapitalistische Staat sein Klassengesicht. Noch ist die zärtliche Fürsorge der Regierung für den jetzigen Memoirenschreiber für hochwertige Valuta in Amerongen, die Auszahlung hoher Pensionen an die ehemaligen kaiserlichen Offiziere und besonders an den Massenschlächter und Orgeschführer Ludendorff, die allein Millionen Mark übersteigt, in frischer Erinnerung. In den letzten Tagen steckte die Regierung Cuno den brotverteuernden Junkern durch eine skandalöse Liebesgabenpolitik abermals Hunderte von Milliarden Mark in die Tasche. Rücksichtslos powern die Junker die breiten Volksmassen aus. Die Renten reichen bei Tausenden in diesem Monat nicht aus, um allein das genügende Brot zu kaufen. Wie üppig die Gewinne gewesen sein müssen, erhellt die Tatsache, daß die Junker monatelang die Roßbachbanditen finanzierte und auf den Rittergütern unterbrachte und neuerdings erbolen sie sich großmütig, 500 000 Ruhrkinder zur Pflege aufnehmen zu wollen. Diese junkerliche Fürsorge liegt auf derselben Linie, wie ihr erprobter systematischer Wucher. Die „Kinderpflege" wird von den Junkern zur raffinierten Kinderausbeutung während der Frühjahrsarbeiten. Dazu kommt die Stundung der Kohlensteuer für die Kohlenkönige. Die Dividenden der Bourgeoisie steigen, der Litör- und Sektkonsum der Parasiten schlägt den Rekord. Einer fabelhaften Bereicherung einer dünnen Schicht der Gesellschaft steht eine beispiellose Massenarmut gegenüber. Erschreckend wachsen die Krankheitsziffern an und nicht zuletzt sind die Invaliden am empfindlichsten davon betroffen.

Ein jahrelanger erbitterter Kampf wird von den Kriegsbeschädigten, -hinterbliebenen, den Kranken, Siechen und Krüppeln um eine einigermaßen ausreichende Versorgung geführt. Immer strärlicher, immer ungenügender wurden die Fürsorgemittel der Regierung. Daß die Fürsorge Hohn und Spott für die Rentenempfänger geworden ist, beweist, daß die Renten bei höchster Ausgleichs- und höchster Pflegezulage mit drei Kindern im April 1920 116 Prozent der Lebenshaltungskosten decken konnten. Im Dezember 1922 aber nur noch 5 Prozent und selbst bei den höchsten Teuerungszulagen nur 25 Prozent im selben Monat. Auch die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz entspricht keineswegs den Erfordernissen und sanktioniert nur den vom Reichsarbeitsministerium seit Jahren betriebenen Betrug an den Kriegsopfern. Statt nach dem RVG. den Kriegsopfern zu geben, was ihnen bereits durch das Gesetz zugesprochen ist, soll ihnen durch die neue Novelle nur ein Bruchteil der vor drei Jahren bewilligten Rente gewährt werden.

Die Lage der Sozialrentner spricht Bände von Not und Entbehrungen, von Hunger und Elend und ist vielfach noch ungleich schlechter als die der Kriegsopfer. Ihre monatliche Unterstützung ist im günstigsten Falle die eines durchschnittlichen Tariflohnes von zwei Tagen. Unter dem Protektorat der Regierungen und Behörden versuchen die Geheim- und Kommerzienräte, sich der Verpflichtung für die Arbeits- und Altersinvaliden durch öffentliche Bettelei unter den unteren Schichten des Volkes zu entledigen. Soll der weiteren Verelendung der Invaliden Einhalt geboten werden, dann muß der 4. März der Anfang zu einem festen organisatorischen Zusammenschluß, zu einem gemeinsamen Kampfe in unverbrüchlicher Treue mit dem revolutionären Proletariat gegen die kapitalistische Regierung, die Verbrechen an Verbrechen gehäuft hat, führen. Die Vereinigung der Invaliden in den verschiedenen bestehenden Organisationen darf kein Hindernis sein, daß sich die Organisationen zum gemeinsamen Kampfe zusammenschließen. Soll die Konferenz nicht negativ verlaufen, sollen ihre Beratungen mit Erfolg gekrönt sein, sollen die ersten Zeichen der Gemeinsamkeit ihrer Interessen und ihres Willens zum Kampfe für eine auskömmliche Versorgung nicht vernichtet werden, dann muß die Konferenz der Ausgangspunkt einer engen organisatorischen Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen sein. Gemeinsame Versammlungen und Kundgebungen, gemeinsames Vorgehen in geschlossener Front in allen Orten und Bezirken muß als erste Frucht der gemeinsamen Konferenz gezeitigt werden, soll nicht die Hoffnung abertausender Invaliden zuschanden und der Weg eines erfolgreichen Kampfes aller Rentenempfänger bestritten werden.

F. W.

Die französische Annäherung an Sowjet-Rußland

Der Pariser Korrespondent der „Times" bestätigt, daß die französische Regierung ein starkes Interesse an der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland zeigt. Es heißt, daß demnächst eine französische Wirtschaftsmission nach Rußland abgehen wird, und zwar unter Leitung des Herrn de Chevillin, eines Beamten im französischen Ministerium des Auswärtigen. Schon die Wahl dieser Persönlichkeit zeigt, daß diese Mission nicht nur wirtschaftliche, sondern auch gewisse politische Fragen besprechen wird. Auch in der Frage der Rückgabe der in Rußland sozialisierten Betriebe, die früher Franzosen gehört haben, ist die französische Regierung sehr sanft geworden. Ein großer Teil der französischen Kapitalisten, die früher Besitz in Rußland hatten, haben in der Zwischenzeit ihre Ansprüche an Dritte abgetreten. Auch dieser Umstand würde es nach Meinung des „Times"-Korrespondenten der französischen Regierung erleichtern, mit Sowjet-Rußland zu einer Verständigung zu kommen.

Die französischen Bestrebungen, die Wirtschaftsbeziehungen mit Rußland wieder anzuknüpfen, sind bereits seit einiger Zeit bemerkbar. Es sei hier nur an die Mission Herriot erinnert. Gerade in der jetzigen schwierigen politischen Situation möchte Herr Poincaré den Gegensatz zu Sowjet-Rußland abmildern. Die russische Regierung wird sich selbstverständlich nur von den Interessen der russischen Arbeiterschaft und darüber hinaus des internationalen Proletariats leiten lassen.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz der Ortsausschüsse des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes

Der Bezirksausschuß Halle-Merseburg des ADGB. beruft zum 11. März, vormittags 9½ Uhr, nach Halle, „Volkspark", eine Konferenz der Ortsausschüsse ein, die sich mit der Erhaltung des Sekretariats beschäftigen soll. Jeder Ortsausschuß kann sich auf Grund der Satzung durch Delegierte vertreten lassen, die Kosten der Delegation trägt jeder Ortsausschuß selbst. Jeder Delegierte muß ein Mandat in Händen haben, das vom Vorsitzenden seines Ortsausschusses unterschrieben und mit dem Stempel des Ortsausschusses versehen sein muß. Ohne Mandat kein Zutritt zur Konferenz.

Die Wahlen der Delegierten in die Ortsausschüsse müssen die Gewerkschaften vor der Konferenz getätigt haben, auch muß die Wahl des Vorstandes des Ortsausschusses erfolgt und dem Bezirkssekretariat durch die zugesandten Fragebogen die Adressen desselben mitgeteilt worden sein.

Ebenso muß die Abrechnung mit den Sekretariatsmarken und den Kartellbeiträgen vor dem 11. März erfolgen.

Bezirksausschuß des ADGB. für den Regierungsbezirk Merseburg.

*

Unsere Genossen müssen in allen Kartellen darauf dringen, daß die Kartellversammlung zu den Aufgaben und der Finanzierung des Kartells Stellung nimmt. Wo keine ordentliche Kartellversammlung mehr stattfindet, muß eine außerordentliche einberufen werden. Die Aufgaben des Bezirkskartells sind die Aufgaben des ADGB. Es darf nicht vorkommen, daß einzelne Ortsvorsitzende einfach die Delegierten entsenden, sondern überall müssen die Delegierten von den Kartellen gewählt werden. Diese Konferenz ist für die gesamte mitteldeutsche Gewerkschaftsbewegung von ausschlaggebender Bedeutung. Deshalb alle Kräfte angespannt, damit das Bezirkssekretariat Halle-Merseburg ein Kampfsektor der mitteldeutschen Gewerkschafter wird.

Vom Tage

Der Ex-Kronprinz und die Frauen. Ein anonymer Herausgeber kündigte ein Buch über den „deutschen Kronprinzen und die Frauen in seinem Leben" an, mit dem Bemerken, daß es nach authentischen Aufzeichnungen, Belegen und Unterlagen verfaßt ist. Darob wird dem nicht mehr ganz jungen Mann der Cäcilie schwül zumut, und obgleich doch noch gar nichts Böses in der Ankündigung verraten ist, läßt er sogleich erklären, es sei alles nicht wahr. Nun, über seine Etappengeschichten ist noch kein Gras gewachsen und seine Abenteuer pfeifen die deutschen und französischen Spatzen vom Dach. Er aber benutzt gleichzeitig die Gelegenheit, auf seine viel schneller vergessenen valutarisch hochbezahlten Erinnerungen höchstselbst hinzuweisen, die von Rosner „authentisch" verfaßt sind, die aber selbst in den Leihbibliotheken schon verstauben, weil die alten Jungfern längst wieder andere Schmöker bevorzugen.

Aus der Provinz

Wahlen der Vertreter der Versicherten im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Sachsen-Anhalt

Durch die Einreichung einer zweiten Wahlvorschlagsliste muß die Wahl der Vertreter der Versicherten im Ausschuß der Landesversicherungsanstalt am 18. März erfolgen. Jedes Vorstandsmitglied einer Orts-, Betriebs- und Landkrankenkasse muß vom zuständigen Versicherungsamt eine Wahlaufforderung, aus der die Stimmenzahl, die er vertritt, ersichtlich sein muß, und einen Stimmzettel erhalten. Jeder Wahlberechtigte, der weder Wahlaufforderung noch Stimmzettel erhalten hat, muß sich sofort an das Versicherungsamt wenden und beides verlangen. Nach der Wahlordnung muß jede Vorschlagsliste mit einem Kennwort versehen sein; unser Wahlvorschlag hat das Kennwort **„Wahlvorschlag der Kassenverbände".** Nur dieser Wahlvorschlag kommt für die Mitglieder des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Betracht.

Das Versicherungsamt hat auch die Wahlumschläge für die Aufnahme des Stimmzettels zuzustellen.

Die Namen der von den Kassenverbänden Vorgeschlagenen sind den Vorständen der Ortsausschüsse auch durch Rundschreiben schon besonders mitgeteilt worden. **Jede Stimme ist auf diese Liste zu vereinigen!**

Unkengequake

H. ist noch nicht zufrieden; er quakt im **„Volksblatt" weiter.** Eigentlich wollten wir uns mit ihm nicht mehr befassen, da er aber an uns die Aufforderung richtet, ihm die Teilnehmerzahl an der kommunistischen Bergarbeiterkonferenz zu nennen, müssen wir schon noch einmal zur Feder greifen, so lustig die Sache auch ist. Wenn er aber glaubt, uns auf die Schippe kullern zu können, dann irrt er. Wir machen einen anderen Vorschlag: Das „Volksblatt" soll doch mal etwas über die auf der Konferenz gefaßten Beschlüsse mitteilen, es hat doch fünf Hordposten dort gehabt! Wir werden den Bericht dann ergänzen und die Teilnehmerzahl anfügen. Einverstanden? Doch halt, wir haben noch eine Bedingung. **H.** muß unbedingt dafür sorgen, daß das „Volksblatt" über die menschewistischen Niederlagen auf der Zeitz-Weißenfelser Bergarbeiterkonferenz, im Bitterfelder Metallarbeiterverband, im Delitzscher Eisenbahnerverband usw. berichtet. Dann werden wir weiter mit uns reden lassen. Bis dahin den bekannten Gruß aus **„Götz von Berlichingen"!**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230302-19/fragment/page=0003

Aus dem Provinzialausschuß

Ein Jubiläum der Provinz

Das Presseamt der Provinzialverwaltung veröffentlicht folgenden Bericht: Der Provinzialausschuß wählte zum Direktor der Lebensversicherungsanstalt Sachsen-Thüringen-Anhalt den bisherigen stellvertretenden Direktor Rehe in Merseburg. Der Geschäftskreis der Lebensversicherungsanstalt wird in Zukunft auch auf den Abschluß von Unfallversicherungen ausgedehnt werden. Ferner stimmte der Provinzialausschuß der Absicht des Landeshauptmanns zu, zur Erzielung weiterer Ersparnisse den registraturlosen Geschäftsbetrieb innerhalb der Verwaltung in möglichst großem Umfange einzuführen. Zum Rechnungsdirektor bei der Provinzial-Hauptverwaltung wurde der Bureauoberinspektor Zeiger gewählt. Im Jahre 1924 kann die Provinz Sachsen auf ein hundertjähriges Bestehen eines Eigenlebens zurückblicken. Aus diesem Anlaß eine besondere Feier zu veranstalten, verbietet der Ernst der Zeit. Indessen sollen die Erinnerungstage dadurch würdig begangen werden, daß in wissenschaftlicher einwandfreier Weise die Geschichte der Provinzialverwaltung seit dem Erlaß des Gesetzes über die sächsischen Provinzialstände vom Jahre 1824, insbesondere die Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, geschrieben wird. Auf eine Anregung des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen, innerhalb der Provinz eine Zentrale für die „Ruhrhilfe" zu schaffen, beschloß der Provinzialausschuß, sich zu beteiligen.

Schkeuditz. Achtung, Metallarbeiter! **Sonntag, den 4. März,** findet im „Deutschen Haus", Bahnhofstraße, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr **Urwahl der Ortsverwaltung** statt und **Abstimmung über den Antrag Liebereich,** betreffs alljährliche Wahl der Hälfte der Angestellten. Es findet Listenwahl statt. **Liste der KPD. ist Liebereich,** der VSPD. Teichgräber. Es ist Pflicht eines jeden Gewerkschaftlers, sich an der Wahl zu beteiligen.

Merseburg. Der Ruhr-Festredner im Kriegervverein. Ein Schwindler machte sich die Sammlungen für die Ruhrspende zunutze und sammelte Lebensmittel aller Art, die er hier absetzte. Den Erlös behielt er für sich. Den Gipfel der Frechheit bildete jedoch sein Auftreten als Festredner in einem Kriegerverein. Er hielt einen Vortrag über das Ruhrgebiet, das er nie gesehen hat, und erntete neben reichem Beifall 7000 Mark für seine Rede. Die Polizei hat den Schwindler durch Festnahme unschädlich gemacht.

Delitzsch. Probe zur Schulentlassung. Am Freitag, dem 2. März 1923, abends 8 Uhr, findet im „Lindenhof" die Probe zur Schulentlassung statt. Da für den Sprechchor auch Erwachsene benötigt werden, werden die Parteigenossen gebeten, zahlreich zu erscheinen. Es ist Pflicht der Jugendgenossen, pünktlich vollzählig vertreten zu sein. Der Diskussionsabend in der Luisenschule fällt aus.

Delitzsch. Die Stadtverordnetensitzung brachte die üblichen, aus der heutigen „Staatswirtschaft" geborenen Erhöhungen der Arbeiterlöhne, der Badeanstalts- und Krankenhaussätze, der Entschädigungen für das Begräbnispersonal und für die Fürsorgeverwaltung. Die zweite Lesung der Aufwandsentschädigung für die Magistrats-, Stadtverordneten- und Kommissionssitzungen löste eine erregte Auseinandersetzung aus. Der Verfassungsausschuß hatte seinerzeit 50 Mk. für die Stadtverordnetensitzung und 30 Mk. für jede Kommissionssitzung, für 1923 mit 100 Prozent Aufschlag, festgesetzt. Die VSPD. Fraktion warf dem Magistrat Sabotage der in der letzten Zeit gefaßten Beschlüsse vor, und sprach ihm ein Mißtrauensvotum aus. Der Bürgermeister antwortete, daß er seine Meinung in dieser Angelegenheit aufrechterhalte, solange noch freie Meinung herrsche, das Mißtrauensvotum störe ihn nicht. Herr Kunzke, bürgerliche Fraktion, sprach im Namen der Bürgerlichen dem Magistrat das Vertrauen aus. Im Gefühl seines hohen Gehaltes als Sparkassendirektor meinte er, er wolle die Stadt nicht noch mehr belasten mit den zirka eineinhalb Millionen Marktkosten (die er irrtümlicherweise herausgerechnet und die Schmidt von der VSPD. als Bluff bezeichnet hatte). Die KPD.-Fraktion hatte der Entschädigungsfrage bisher gleichgültig gegenübergestanden, nunmehr gab sie die Erklärung ab, daß sie mit dem anderen Teil der Linken vollständig übereinstimme, zumal ersichtlich sei, daß die Angelegenheit auf die Spitze getrieben werden solle. Im übrigen müsse man hierbei in Betracht ziehen, mit welcher Zähigkeit die Versetzung des Ersten Bürgermeisters von der 12. in die 13. Gehaltsgruppe betrieben werde. Wenn man solche Riesengehälter habe, die durch die häufige prozentuale Zulage immer höher werden, dann könne man natürlich eine solche geringe Aufwandsentschädigung ablehnen. Lächerlich finden wir dabei nur, daß sich die übergroße Mehrheit des werktätigen Volkes es sich so lange hat gefallen lassen, daß für eine einzelne Arbeitskraft derartig hohe Summen bezahlt werden, wo auf der anderen Seite die Schwerarbeitenden sich mit ihren Hungerlöhnen nicht sattessen können. Der Schützenhofplatz wird neu hergerichtet zu Turn- und Sportzwecken. Bei der Verhandlung über Erhebung von Schulbeiträgen für die gewerbliche Fortbildungsschule klagte ein Handwerksmeister, daß sie die Lasten nicht mehr tragen könnten, da das Handwerk alle Tage mehr verarme. In gleicher Weise klagte ein Gewerbetreibender. Wir geben gerne zu, daß es den kleinen Gewerbetreibenden nicht gut geht. Wenn aber jemand triftigen Grund zur Klage hat, dann sind es vor allem die Arbeiter, die allwöchentlich pünktlich ihre Steuern in Form des Lohnabzuges entrichten müssen. Das ist bei dem Handwerk nicht der Fall. Zum Schluß kamen die Uebergriffe eines Fortbildungsschullehrers zur Sprache, der seine Stahlhelmgedanken beim Unterricht auf ein Mitglied der Kommunistischen Jugend übertragen wollte. Als er dann die gebührende Antwort erhielt, warf er nur so mit „Lumpen" herum und wies den Fortbildungsschüler aus der Schule. Diesem Erzieher, der auch die Prügelstrafe als Erziehungsmittel für Arbeiterkinder noch auf Lager hat, muß mit aller Deutlichkeit die nötige Grenze gezogen werden.

Barby a. d. Elbe. Streik! Hier stehen seit Donnerstag die **Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter im Streik.** Zuzug nach allen Bauplätzen, Betrieben und Firmen ist streng fernzuhalten.

Sprechstunde der Redaktion von 12 bis 1 und 5 bis 6 Uhr.

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.
Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 00.
Unser Sämisch-Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.
Kommunistische Maler und Lackierer. Sonnabend 3. März, abds. 7½ Uhr, in der „Goldenen Kette" (Alter Markt): **Fraktionssitzung.**
Kommunistische Kriegsopfer. Sonnabend, 3. März, abds. 7 Uhr, in der „Prod.-Genossenschaft": **Sitzung.** Mitgliedsausweis erforderlich.
Distrikt 18. Sonntag, 4. März vorm. 9 Uhr, im „Volkspark": **Distriktsversammlung.**

Halle-Saalkreis.
Halle. Sonntag, 4. März, vormitt. 10 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft": Kreis-Konferenz. Jede Ortsgruppe muß vertreten sein.
Löbejün. Sonnabend, den 3. März, abends 8 Uhr, i. Gasthof „Zum schwarzen Adler" **Mitgliederversammlung.**
Brachstedt. Sonntag, 4. März nachm. 3 Uhr, im Gasthof Koch: **Oeffentl. Versammlung.** Referent: Genosse Fritz Riebenstahl, Halle.
Geusen. Sonntag, 4. März, nachmitt 4 Uhr, im Gasthof Giesler: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Die Ruhrbesetzung und Teuerung". Referent: Genosse Johannes Höcker, Halle.

Kreis Delitzsch.
Eilenburg. Sonnabend, 3. März abds. 1/2 8 Uhr, im „Zincke": **Mitgliederversammlung.** Bericht vom Parteitag.
Wiedemar. Sonnabend, den 3. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Bartz: **Oeffentl. Versammlung.** Thema: „Ruhrbesetzung und Teuerung". Ref.: Gen. Fritzsching Menzel (Halle).

Deutsch. Baugewerksbund

Bangewerkschaft Halle.
Dienstag, den 6. März, abds. 1/2 8 Uhr, im „Volkspark", Reservationssaal:

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:
1. Das Ergebnis der Lohnverhandlungen vom 5. März.
2. Verbandsangelegenheiten. 795

Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ist erwünscht. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Ortsverwaltung.

Konsumverein Giesen u. Umg.

e. G. m. b. H. *71
Sonntag, 4. März nachm. 1/2 3 Uhr, im Gasthof Kane, Radwitz:

Generalversammlung

Tagesordnung:
1. Halbjähriger Geschäftsbericht.
2. Antrag der Verwaltung: Verkürzung der §§ 57 und 58 (Erhöhung der Anteile auf 15 000 Mk.).
3. Verschiedenes.

Für den Aufsichtsrat: **O. Kunert.**

Luxussteuerfreier Verkauf.
Gold-, Silber-, Platin-Bruch,
Dublee, Brillanten
kauft laufend
nur
Holland, Schülerhof 10
791 vom Markt sichtbar
Geöffnet: 9 bis 6 Uhr. Reelle Bedienung.
Uhrreparaturen werden billig ausgeführt.

Vereine

benötigen
Drucksachen!
Bestellt bei der
Prod.-Genossenschaft Halle, Lerchenfeldstr. 14
Fordert Offert. ein.

Arb.-Sänger-Chor.
Jed. Mittwoch, ab. 8 Uhr i. „Volksp.": **Singstunde.**

Frauen- und Mädchen-Chor.
Jed. Donnerstag, ab. 8 Uhr i. „Volksp.": **Singstunde.**

Die Naturfreunde.
Stadth. Weidenpl.
Zahlabend: Freitag, v. 1/2 8—10 Uhr.
Besucht d. Gruppenabende.
Jed. Dienstag, ab 7½ Uhr, i. Gruppe Nord: Wittelsbachschule (Friedenstr.); Mitte: Heim, Laurentius- und Ecke Breitestraße; Süd: Torschule, Zim 52. Sonnabend, abends 1/2 8 Uhr, i. Kaffeezimmer d. „Volksp.": Bezirksjahrs-Versammlung. Instrumente mitbringen. Sonnabend: Monatsjahrtausch bis Dölau Heide. Abfahrt: Nachts 1.14 Uhr. Heute abend anmelden.

I. Hall. Mand.-Orchest.
Jeden Donnerstag, abends 7 Uhr, im Reichenbach der alten Volksschule. Neue Promenade. Uebungsstunde.

Proletr. Kultur-Bereinig., Halle.
Lokal „Alter Berg". Sonntag, 4. März vorm. 9 Uhr, im Landheim (Flugplatz): Treffen.

Arb.-Samar.-Kol. Halle
Jed. Dienstag, in d. Martinschule (Charlottenstr., Zim 16: **Uebungsstunde** u. ärztlicher Vortrag.

Arb.-Schwimmverein, Halle a. S.
Mitglieder des Arb.-Turn- u. Sport-V.
Freitag, d. 2. März, abends 7½ Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Mitglied.-Versammlg. Sonnabds. 3. März, 3 Uhr, b. Gen. Hepp, Ludwigstr. 10: Bezirks-Vorstandssitzung.
Sonntag, 4. März Ausflug ins Blaue. Treffpunkt Hbfbf. Hbfbf. Bahnhof u. 2 Uhr.

Allg. Arbeiter-Union (Rev. Bezirks-Org.).
Heute, Freitag, 2. März, 1/2 7 U., i. „Volksp.": Kombin. Mitgl.-Versammlung der Abt. und KPD. Erscheinen aller ist Pflicht.

D. Arb.-Abstin.-Bund. Ortsgr. Halle. Geschäftsstelle: Zinsgartenstraße 15. Propagandagruppe.

Sonntag Tour n. Gr.-Rauna. Treffpunkt: Riebeckpl. vorm. 7 Uhr.

Arb.-Radfahr.-Bund „Solidarität", Halle.

Kom. Kindergruppe.
Heim: Rathausst. 16
Jed. Montag, v. 4½ b. 7½ Uhr: Mandolinenstunde.
Dienstag, nachmitt. v. 4—6 Uhr, i. „Volkspark" u. „Produkt.-Genossensch.": Für Mädchen Handarbeitsstunde f. Gruppe Süd und Nord Gen. Korch und Keller.
— den 6. März, nachm.: Anfängerkursus f. Mandolinespieler. Meldungen werd. noch angenommen.

Mittwoch, 7. März, Abteilung A u. B, 3½ Uhr, i. „Volkspark": Probe zum Sprechchor. Hierzu darf jeder kommen.
Freitag, 2. März, nachmittags v. 5½/7 U., im Heim: Arbeitsgemeinschaft.
Sonntag, 4. März, vorm. 9 Uhr, im „Volkspark": Probe zum Sprechchor.
Siehe heute unter Lokales.

Kom. Jugend. Halle.
Mandolinetage f. d. Heim geöffnet von 1/2 8—1/2 10 Uhr.
Freitag, d. 2. März, abds. 1/2 9 Uhr, im Heim: Wichtige Leitungs-Besprechungen f. d. Gruppen Nord u. Zentrum fallen aus.
Sonnabend, abends 1/2 8 Uhr, i. Heim: Arbeitsgemeinschaft.
Sonntag, 4. März: Wandern. Treffpunkt: Am Hallmarkt um 2 Uhr.

Sportkl. 1909
Leitung: Jul. Kühne.
Abteilung A.
Uebungsstunde i. d. Johannesschule.
Montag, Schülerabteilg.: Von 5 bis 7 Uhr. Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr.
Donnerst., Jugendabteilung: Von 7 bis 9 Uhr.
Versammlung jed. Sonnabend nach d. 1. im Monat.

Kroawitz

Arb.-Bildungsverein, Kroawitz
Vereinslok. Lindenhof.
Gesangs-Abteilung: Mittwochs von 8 bis 10 Uhr.
Turn-Abteilung: Dienstags v. Freitags v. 8—10 Uhr.
Arbeiter-Wand.-Abt. Jeden Donnerstag von 7—8 Uhr.

Parteischriften
empfiehlt die
Volksbuchhandlg.

DAS WORT

die interessante Wochenzeitung für Mitteldeutschland erscheint jeden Sonnabend. Postbezieher wollen unverzüglich die Bestellung bei ihrem Postamte aufgeben. Der Abonnementspreis für März beträgt 360 Mk. Der Verlag befindet sich in Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 1045, 1047, 2251.

Rest. Produktiv-Genossenschaft,
Halle a. d. S., Lerchenfeldstr. 14.
Sonnabend, den 3. März, abends von 8 Uhr an:
Mandolinen-Konzert
ausgeführt von der Mandolinengruppe des „VfB. Trotha-Süd",
zugunsten des Kampffonds der Partei.
Eintritt frei!
Es ladet ein Der Vorstand.

Halli, Hallo!
Sonnabend und Sonntag von abends 7 Uhr an in
Brinkmanns Restaurant
(Dessauer Straße):
Musikalischer Unterhaltungsabend
unter Mitwirkung zweier seltener Menschen
Zimmermann — Bäß.
Für gute Getränke und Speisen ist bestens gesorgt.
804 **Der Wirt.**

Gebhardt-Eiweiß-Kakao
der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene durch erschöpfende Krankheiten geschwächte erwachsene und für im Wachstum gehemmte Kinder. *114
Ueberall erhältlich! — Alleiniger Hersteller:
Georg Gebhardt & Co., Halle a. d. S.
Versandstelle: Gr. Steinstrasse 36. — Fernspr. 4841

Extra-Angebot
Schaftstiefel,
pa. Leder,
mit doppelter durchgehender Sohle, weit unter Tagespreis.
Textil-Handelsgesellschaft m. b. H.
vorm. Reinke, Halle a. d. S., Leipzig, Str. 551 am Riebeckplatz. 803

Werbt für die Produktiv Genossenschaft
Hosenträger
besonders preiswert
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2

Drei Könige.
Monat März
das
Reklamepogramm.
Trotz der riesigen Unkosten 805
bill. Eintrittspreise.
Wochentags:
Herren 200 Mk.
Damen 100 Mk.

Volks-Feuerbestattungs-Verein Halle u. Umg.
Nächste Besichtigung des Krematoriums am 4. März: vormittags 9/10 Uhr. 794
Die Geschäftsstelle befindet sich jetzt Landsberger Str. 13 I. Geschäftszeit: vorm. 10—1 nachm. 4—6, Sonnabends 8—2. Für Todesfälle von vorm. 8—6 Uhr abends geöffnet.

Regattes

801
gute Qualitäten, vornehme Muster.
Dauerwäsche-Vertrieb
Kl. Berlin 2

Militär-, Manchester-Pilot-Hosen
billigst *113
Lipper,
Magdeb. Str. 23 am Walhalla

Möbel
aller Art, 798
neu und gebraucht, in großer Auswahl
Otto Thormann,
Brüderstr. 14, am Markt.

Modezeitungen
empfiehlt
Volksbuchhandlung

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg
Sitz Halle,
eingetragene Genossenschaft mit beschr. Haftpflicht
Lerchenfeldstraße Nr. 14.
Freitag, den 30. März 1923, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saal des **„Volksparkes":**

Generalversammlung.

Tagesordnung
1. Geschäftsbericht des Vorstandes und des Aufsichtsrates.
2. Genehmigung der Bilanz und Beschlußfassung über Verteilung des Reingewinns.
3. Wahl eines laut Statut ausscheidenden Vorstandsmitgliedes.
4. Wahl von drei laut Statut ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Aenderung des Statuts (§ 5.).
6. Anträge.

Anträge sind mindestens **vier Tage vorher an den Vorstand** einzureichen.
Halle, den 2. März 1923.
Der Vorstand. **Der Aufsichtsrat.**
J. A.: Georg Schumann. J. A.: Oskar Fiedler.

Stadt-Theater.
Sonnabend, abends 7½ Uhr:
Der Waffenschmied
796 Sonntag, vormittags 11 Uhr:
Morgenfeier zugunsten d. Ruhrspende
Sonntag abend: **Die Geisterchen.**

Künstlerspiele Bo. Bu. Bii.
Zugeraasse 1 (Ecke Gr. Ulrichstr.).
Bel.: Albert Koch.
Von heute abend 7½ Uhr an:
Das konkurrenzlose März-Programm.
Man beachte die Plakat-Reklame

Ansichtspostkarten
Volksbuchhandlung.

Sportklub 1909.
M. d. A.-A.-B. D.
Unser diesjähriges
Kappenfest
findet Sonnabend, den 3. März, abends 7 Uhr, im **„Goldenen Hirsch"** in der Leipziger Straße statt. 798
Das Komitee.

Kraft- u. Artistenklub „Atlas"
M. d. A.-A.-B. D.
Sonntag, den 4. März 1923, vormittags 1/2 11 Uhr, im großen Saale des **„Volksparkes":**
Große Sport-Matinee
bestehend aus **Mannschafts-Kämpfen** im Ringen: Adler, Holzweißig—Atlas, Halle, Box-Klub International, Halle—Fellenfeld, Halle, sowie Reigenfahren des Arb.-Radfahrer-Vereins „Solidarität", Halle und Auftreten der Akrobaten-Truppe „Richard"-Leipzig.
Von 3 Uhr nachmittags:
Großer Ball.
Alle Sports-Interessenten laden wir freundlichst ein. **Der Arbeitsausschuß.**

Der proletarische Sprechchor zur Jugendweihe
ist soeben in unserem Verlage erschienen.
8 Seiten Umfang.
Preis pro Exemplar **150 Mk.**
Bestellungen sind umgehend zu richten an die
Bezirks-Zentralbuchhandlg.
der Produktiv-Genossenschaft,
Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Machen Sie einen Versuch!
mit meiner prima
Gummi-Besohlung
Marke Stahlit! 790
sowie **alle Leder-Besohlungen** führt schnell und sauber aus:
Besohlanstalt Hesse Nachf.
Merseburger Str. 167, Eing. Prinzenstr.

Kauf Alteisen, Altmetalle,
sämtliche Rohpr. dulle.
Adolf Beer,
Halle a. d. S.,
Kutschgasse 2. Kutschgasse 2.
— Nähe Alter Markt —
Fernruf 2276 769
Annahmestellen:
Krollwitz, Talstr. 26,
Halle, Parkstr. 7.

Dem verehrten Publikum empfehle ich mich zum 797
Verauktionieren all. Gegenstände
wie gebrauchte Möbel, Bett- u. Wäsche, sowie ganzer Nachlasse bei mäßiger Berechnung. Aufträge nehme entgegen.
Hochachtend
Oskar Rast, Versteigerer,
Liebenauer Str. 168.

Balda
die Schokolade der Fa. [illegible]
Generalvertr.: Bachman & Co., G. m. b. H., Markt 6 gegenüber der „Börse".

Kaufe laufend:
Kaninchen-, Ziegen-, Fuchs-, Marder-, Iltis-, Maulwurf usw. Felle
zu höchst. Preisen
Händler 50.
Vorzugspreise.
F. Halle,
Gr. Steinstr. 13
Eing. Mühlenstraße.

Druck
aller Art, für Private u. Vereine, Organisationen usw. liefert schön, billig in einer mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abt. Buch- u. Kunstdruckerei der Prod.-Genossenschaft e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fern. uf 1045, 1047, 2251. Verlangen Sie Preis-Offerte oder den Besuch unserer Vertreter.

Weich. Kragen

Stück **750.—** (8)
Dauerwäschevertrieb,
Kl. Berlin 2.

Gold-, Silber-, Platinbruch
kauft ständig zu reellen Tagespr.
Emil Poenitsch jr.,
Marktplatz 13
Ecke Talamitt.

Denkt an die „Rote Hilfe"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230302-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 2. März 1923.

Gasvergiftung des Genossen Gustav Menzel

Keine Lebensgefahr

Am Mittwoch wurde der Genosse Menzel in seiner Wohnung in Berlin, die er während der Landtagssitzung benutzt, bewußtlos aufgefunden, nachdem sein Zimmer wegen des starken Gasgeruchs in der Wohnung von herbeigerufener Polizei gewaltsam geöffnet worden war. Samaritern der Feuerwehr gelang es, ihm mit einem Sauerstoffapparat ins Leben zurückzurufen. Er wurde dann in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, besteht keine Lebensgefahr. Die Aerzte selbst hoffen, daß er in ein paar Tagen seine Tätigkeit wieder aufnehmen kann. Einige bürgerliche Blätter wissen bereits mitzuteilen, daß ein Selbstmordversuch vorliege. Wer unseren alten, trotz seines schweren Herzleidens noch immer lebensfreudigen Genossen Menzel kennt, muß einen Selbstmordversuch für gänzlich ausgeschlossen halten. Es besteht auch nicht der leiseste Grund zu dieser Vermutung, da er in gutgeregelten Familienverhältnissen lebt. Wie bereits die Ermittlungen ergeben haben, handelt es sich um einen Unfall.

Die VPSD. verprügelt Arbeiter

Der VSPD.-Saalschutz „in Tätigkeit" — Lügen-Kaparek provoziert — Großes Sipoaufgebot unter Führung des Polizeipräsidenten Runge

Die VSPD. hielt gestern abend im „Volkspark" eine öffentliche Versammlung ab. Der Verlauf der Versammlung ließ erkennen, daß sie sehr gut vorbereitet worden war. Nicht nur die Funktionäre, die man noch am Dienstagabend in einer „wichtigen Sitzung" zusammengerufen hatte, sondern ein ganzes Heer von Kriminalbeamten und Sipomannschaften in Zivil und fast eine Hundertschaft in Uniform unter Führung des Polizeipräsidenten Runge, sorgten für „Ruhe und Ordnung" — ähnlich wie Reichswehr und Sipo im kapitalistischen Staate für Ruhe und Ordnung sorgen. Wir hatten bereits in dem Bericht über die Niederlage, die sich der sozialdemokratische Handelsminister Siering bei den hallischen Arbeitern geholt hatte, betont, daß wir durch unser grausames Gewährenlassen der sozialdemokratischen Bankrottpolitiker die Aufklärung auch der Schichten der Bevölkerung fördern, die heute noch hinter den VSPD.-Führern herlaufen. Wenn man natürlich die von den ehemaligen revolutionären Führern, wie Reiwand usw., erzogenen hallischen Arbeiter bewußt provoziert, so darf man es diesen Arbeitern nicht übelnehmen, wenn sie sich nicht alles von dem jetzigen Kleinbürger Reiwand gefallen lassen und sich gegen jede Vergewaltigung wehren. Es wird keiner von den VSPD.-Leuten, die gestern abend im „Volkspark" waren, behaupten können, daß die kommunistischen Arbeiter während der Rede des Referenten irgendwelche Störungsversuche unternommen haben. Erst als Reiwand nach einem zweistündigen Referat des Redners erklärte, daß der Vorstand eine beschränkte Redezeit beschlossen habe und darüber nicht einmal abstimmen ließ, wehrten sich die Arbeiter gegen diese „demokratischen" Methoden. Die Entrüstung wurde natürlich immer größer, als sich der alte Reiwand auf Drängen der Regisseure dazu mißbrauchen ließ, dem kommunistischen Redner das Wort zu entziehen. Und nun traten die gutorganisierten Stoßtrupps in Tätigkeit. Wie ein wildgewordener Spießer stürmte der sonst so harmlos aussehende und nichtssagende Arbeitersekretär Wielepp durch den Saal nach der Galerie, wo Lügen-Kaparek einen Jugendgenossen mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen hatte. Hinter Wielepp folgten die ganzen Funktionäre, die oben einige Jugendgenossen mißhandelten. Auch Sipo war gleich zur Stelle. Ihnen schien aber dieser Streit etwas gar zu dumm zu sein. Denn sie hielten sich sehr zurück und versuchten lediglich, die streitenden Parteien auseinanderzubringen. Dagegen benahmen sich die auf Autos zur Hilfe herbeigeholten Sipomannschaften so, wie man es beim Vorgehen gegen Kommunisten nicht anders gewöhnt ist. Als sich nämlich der Saal langsam nach dem Schlußwort des Referenten unter dem Gesange der „Internationale" leerte, wurden die Jugendgenossen, die mitsangen, unten an der Treppe von den zahlreich postierten Sipomannschaften am Kragen gepackt und in der rücksichtslosesten Weise rausgeschmissen.

Näher auf den inhaltlosen Vortrag des Referenten einzugehen, verlohnt sich wirklich nicht. Referent war nicht der größte Demagoge der VSPD., Ernst Heilmann, sondern der größte und gemeinste Verleumder der VSPD., der Reichstagsabgeordnete Joseph Harttleib aus Hannover, der, wie wir kürzlich erst mitteilten, in einer öffentlichen Versammlung in Wellendorf bei Schwanstedt am 23. Januar Lenin als einen Paralitiker bezeichnet hatte. Gestern abend jedoch sprach er nicht von dem Paralitiker Lenin, sondern von dem großen Führer Lenin. Wahrscheinlich war ihm der gesunde revolutionäre Sinn und Geist der hallischen Arbeiterschaft vorher mitgeteilt worden. Durch seine Ausführungen zog sich wie ein roter Faden die Unterstützung und Propagierung der Stinnesschen Ausbeutepolitik: Verständigung der deutschen, belgischen, französischen Kapitalisten und — ein Wirtschaftsbündnis dieser drei Staaten mit Sowjet-Rußland!! Von einer Arbeiterpolitik nicht ein Wort. Die Illusion einer Weltrevolution sei selbst bei den Anhängern überwunden, weil die Verhältnisse stärker seien als der Wille der Menschen. Unserem Redner, dem Genossen Schulz aus Neukölln, war nur eine beschränkte Redezeit von Reiwand gewährt worden. Er mußte sich deshalb nur auf einige wenige Feststellungen über den Nationalismus der sozialdemokratischen Führer beschränken. Und doch wuchteten sie wie Keulenschläge. Es wurde mäuschenstill, wenn er etwas ganz Unangenehmes für die VSPD. zitierte: z. B. was Ernst Heilmann während des Krieges geschrieben hatte: „Ich gehe zu Hindenburg!" Aus weiteren Verlegenheiten versuchten sie durch ein blödes Lachen herauszukommen.

Zwischenrufe wurden während des Referats von Hartleib nicht geduldet; sofort war der organisierte Saalschutz zur Stelle, der jedesmal eine ganz drohende Haltung einnahm. Einem Genossen, der es einmal wagte, „Noske" zu rufen, wurde von an einem Tisch gruppierten VSPD.-Funktionären erwidert: Jawohl, Noske muß erst wieder kommen, und Euch Kommunisten die Knochen kaputtschlagen!"

Der Redner führte zwar sehr oft die Worte im Munde, die deutsche Sozialdemokratie treibe die Politik nur deshalb, um „moralische Eroberungen" in der Welt zu machen. Die „moralischen Eroberungen" in der gestrigen Versammlung aber waren eine schwere moralische Niederlage. Prügelnzenen sozialdemokratischer Funktionäre mit Jugendgenossen, ein großes Sipoaufgebot, beschränkte Redezeit usw zeigen, wohin sich die VSPD. weiterentwickelt.

---

* **Die Kommunistische Kindergruppe** beginnt am Dienstag, dem **6. März, nachmittags 4½ Uhr, mit einem neuen Kursus für Mandoline. Für eine gute Ausbildung ist gesorgt. Meldungen werden noch entgegengenommen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß ein Sprechchor zur Jugendweihe von der Kindergruppe auftritt. Alle Mitglieder können mitwirken und haben am Sonntagvormittag 10 Uhr und Mittwoch, den 7. Februar, nachmittags 2 Uhr, im „Volkspark" zu erscheinen.**

Die Katastrophe auf dem Wohnungsmarkt

II (Schluß)

Von der Selbsthilfe steht bereits fest, daß ihre Anwendung keine Ersparnis gebracht, sondern infolge des durch das Selbsthilfeverfahren bedingten langsamen Bauens stark verteuernd gewirkt hat. Auch unter normalen Verhältnissen wird die Selbsthilfe nur dann ersparend wirken können, wenn sie gut organisiert ist, unter ständiger fachmännischer Aufsicht steht, und wenn die Selbsthelfer stark mit Facharbeitern durchsetzt sind. In der Großstadt haftet der Selbsthilfe noch der besondere Nachteil an, daß durch den Weg von der Arbeitsstätte bzw. Wohnung zur Stadlung sehr viel Zeit verloren geht.

Besser sind die Erfahrungen mit den sozialen Baubetrieben; in Halle kommt die „Mitteldeutsche Bauzentrale" in Frage, die besonders zu Ausbauarbeiten mit gutem Erfolg herangezogen werden konnte. Die Ersparnisse gegenüber anderen Betrieben sind allerdings recht gering und bleiben in den Grenzen des regelrechten Wettbewerbs. Außerhalb der eigentlichen Bestrebungen zur Verminderung der Baukosten liegend und nur durch die Geldentwertung bedingt, muß als wesentliche Maßnahme zur Erzielung von Ersparnissen die größtmögliche Beschleunigung der Bauausführung erwähnt werden. Schnell bauen hieß billig bauen, auch wenn die schnellere Ausführung zunächst Mehrkosten verursachte.

Die gemeinnützige Bautätigkeit mußte — von einzelnen Villenbauten und Bauten von Arbeitgebern abgesehen — im Berichtsjahre die gesamte Wohnungsproduktion bestreiten. Unter der gemeinnützigen Bautätigkeit nimmt die Tätigkeit der Gemeinde den größten Teil ein. An Neubauten wurden im Berichtsjahr 96 Wohnungen fertiggestellt, und zwar: 24 Wohnungen von je 70 Quadratmeter, 36 Wohnungen von je 60 Quadratmeter, 36 Wohnungen von je 53 Quadratmeter.

Die 96 Wohnungen waren sämtlich im Jahre 1921 begonnen worden und wurden erst Anfang des Jahres 1922 bezieht. Die Bautätigkeit setzte infolge des lange anhaltenden Winters erst spät ein und war überhaupt durch anhaltend nasse Witterung vielfach behindert. Zur Zeit befinden sich 72 Neubauwohnungen im Bau, dazu kommen die von der Stadtgemeinde neuerdings übernommenen Bauvorhaben des Hallischen Bauvereins (15) und der Baugenossenschaft Südende (12).

Bezüglich der Streitfrage, ob Kleinhaus oder Hochbau, stehen wir auf dem Standpunkt, daß der Bau von Kleinhäusern gegenwärtig nur unter besonders günstigen Bedingungen wirtschaftlich und gegenüber dreigeschossigen Bauten wettbewerbsfähig ist, weshalb wir im Berichtsjahre ausschließlich dreigeschossige Bauten errichtet haben. Sie sichern mit dem geringsten Aufwand jeder Wohnung Licht, Luft und Gartenanteil, haben also alle wesentlichen Vorzüge des Kleinhauses.

Die Stadtgemeinde selbst hat aus besonderen Gründen bisher davon abgesehen, die Herstellung von Dachgeschoßwohnungen in größerem Umfange in die Hand zu nehmen, um dieses letzte Reservoir nicht vorzeitig auszuschöpfen. Insgesamt sind im Jahre 1922 nur sieben Dachgeschoßwohnungen durch die Stadtgemeinde erstellt worden. Weiter wurde der Dachgeschoßausbau vielfach dazu benutzt, um bei Umwandlung von Wohnräumen in gewerbliche Räume Ersatz und Ablösung zu schaffen. Insgesamt wurden von Privaten 69 Dachgeschoßwohnungen im Berichtsjahr errichtet.

Eigentliche Not- und Behelfsbauten (Baracken usw.) wurden im Jahre 1922 durch die Stadt nicht errichtet, doch wurden sogenannte Notwohnungen durch Abtrennung in vorhandenen Wohnungen geschaffen, und zwar in der Hauptsache durch Teilung des Korridors und Einbau von Küchenherd und Wasserzapfstelle. Da von der Schaffung besonderer Aborte für diese Notwohnungen infolge der hohen Kosten und aus technischen Gründen abgesehen werden mußte, war die erstrebte völlige Abgeschlossenheit selten zu erreichen.

Im Berichtsjahr wurden auf genossenschaftlichem Wege folgende Bauten aus dem Jahre 1921, zusammen 144 Wohnungen, fertiggestellt, und zwar 49 Wohnungen des Bauvereins für Kleinwohnungen am Johannisplatz, 12 Wohnungen des Hallischen Bauvereins an der Barbarastraße, 10 Wohnungen der Eigenheimsiedlung Halle-Südost, 73 Wohnungen durch die Mitteldeutsche Bauzentrale.

In der Bauperiode 1922 wurden 163 Wohnungen in Angriff genommen, und zwar 66 Wohnungen des Bauvereins für Kleinwohnungen an der Thomasius- und Hübnerstraße, 25 Wohnungen der Siedlungsgenossenschaft Eigene Scholle an der Artilleriestraße, 12 Wohnungen der Siedlungsgenossenschaft Südende an der Artilleriestraße, 28 Wohnungen der Baugenossenschaft Neu-Halle an der Heide, 8 Wohnungen der Eigenheimsiedlung Halle-Südost, 24 Wohnungen der Kleinwohnungsbau Halle A.-G. an der Gustav-Herzberg-Straße.

Die Genossenschaften hatten unter den derzeitigen Wirtschaftsverhältnissen sehr zu leiden, da sie mit Ausnahme des Bauvereins für Kleinwohnungen sämtlich kapitalschwach sind. Materialbeschaffung und Geldbedarf für Löhne stellten fast unüberwindbare Hindernisse dar. Zwei Genossenschaften (Hallischer Bauverein und Siedlungsgenossenschaft Südende) waren den Schwierigkeiten überhaupt nicht gewachsen und mußten ihre Bauvorhaben der Stadtgemeinde abtreten. Unter erheblichen Mehrkosten erfolgt nunmehr stadtseitig die Fertigstellung. Drei Genossenschaften (Siedlungsgenossenschaft Eigene Scholle, Neu-Halle und Südost) werden außer mit den Beihilfen noch mit Hypothekendarlehen unterstützt werden müssen, damit sie ihre Bauten zu Ende bringen. Die Aussichten für die genossenschaftliche Bautätigkeit sind sehr schlecht. Bisher liegen für die kommende Bauperiode noch keine Anträge zur Gewährung von Baubeihilfen vor.

Als Neugründung mit hohem Eigenkapital ist die Kleinwohnungsbau-Halle-A.-G. zu erwähnen. Ueber ihre Struktur unterrichtet ein Aufsatz im Preußischen Verwaltungsblatt Nr. 27 vom 1. April 1922. Die Gesellschaft arbeitet mit einem Gesellschaftskapital von rund 70 Millionen Mark. Außerdem verfügt sie dank ihrer guten Bankverbindungen über große Kredite.

Die Mitteldeutsche Heimstätte hat für städtische Bauten verschiedentlich Materialien geliefert. Im übrigen hat sie die Durchführung des Bauvorhabens der Eigenen Scholle übernommen und dieser Genossenschaft einen größeren Baugeldkredit eingeräumt. Ueber die Erfahrungen läßt sich noch nichts berichten.

Gegen Hergabe von Arbeitgeberbeiträgen wurden 21 Wohnungen in städtischen Neubauten und 67 Wohnungen in Neubauten gemeinnütziger Genossenschaften an Beamte des Reiches, des Staates und der Provinzialverwaltung abgegeben. Außerdem wurden durch eigene Bautätigkeit erstellt: von der Reichseisenbahn acht Wohnungen, dem Landgestüt Kreuz zwei Wohnungen. Die eigene Wohnungsfürsorge der Reichs- und Staatsbehörden war hiernach sehr mangelhaft.

Die Beteiligung der privaten Arbeitgeber an der Erstellung von Wohnungen war im allgemeinen ebenfalls gering. Wenn Arbeitgeber gebaut haben, so geschah es meist auf Grund von Ablösungsverpflichtungen und später auf Grund der angedrohten und zuletzt auch tatsächlich beschlossenen Anwendung des § 9a KAG. Immerhin ist im Berichtsjahr mit dem Bau von 73 Wohnungen begonnen worden.

Als ländliche Siedlungen sind folgende Baugenossenschaften anzusprechen: Siedlungsgenossenschaft Eigene Scholle mit 25 Wohnungen, Siedlungsgenossenschaft Südende mit 12 Wohnungen, Baugenossenschaft Neu-Halle mit 25 Wohnungen, Eigenheimsiedlung Halle-Südost mit 8 Wohnungen.

Durch die private Bautätigkeit ohne Zuschüsse wurden 29 Neubauwohnungen in Angriff genommen, davon waren 8 Wohnungen wegen Ablösungsverpflichtungen. Dazu kommen 4 Wohnungen, für die mäßige Landes- und Gemeindebeihilfen in Anspruch genommen wurden.

Internationale Frauen-Kundgebung

Montag, den 5. März, abends 7½ Uhr, im großen Saal des „Volkspark"

Genossin Rosi Wolfstein aus Berlin

M. d. L., spricht über:

„Der Kampf der Frauen gegen alle Knechtschaft der herrschenden Klasse"

Arbeiterfrauen, agitiert bei Freunden und Bekannten für diese Versammlung! Sorgt für einen Massenbesuch!

Kreiskonferenz des Saalkreises

Am 4. März, 9½ Uhr, findet in der Produktivgenossenschaft Halle, Lerchenfeldstraße 14, eine Kreiskonferenz des Saalkreises statt.

Tagesordnung:

1. **Politische Lage, Referent Genosse Höder.**
2. **Organisatorisches, Referent Genosse Oertel.**
3. **Wahlen.**
4. **Verschiedenes.**

Alle Ortsgruppen des Saalkreises sind verpflichtet, Delegierte zu entsenden. Die Kreisleitung.

---

* **Bezirksleitung der KJ.** Freitag abend, pünktlich ½7 Uhr, wichtige Sitzung.

* **Vortrag des Reichskunstwarts Dr. Redslob.** Am Mittwoch, dem 7. März, abends 8½ Uhr, wird der Reichskunstwart Dr. Redslob auf Einladung der hallischen Künstler- und Kunstgewerbevereinigungen im Auditorium Maximum der Universität einen Vortrag über „Kulturaufgaben der Gegenwart" halten. Eintrittskarten an der Abendkasse.

* **Feuer.** Am Mittwochabend wurde die Feuerwehr nach dem Grundstück Pfännerhöhe 57 gerufen, wo durch Ueberheizen des Ofens das Ofenrohr sowie der Schornstein, in dem sich größere Mengen von Glanzruß angesammelt hatten, in Brand geraten waren. Die Feuerwehr konnte erst nach über zweistündiger Tätigkeit die Gefahr als beseitigt ansehen und in ihre Wache zurückkehren. Es sei hier noch darauf hingewiesen, daß Schornsteinbrände niemals durch Feuermelder, sondern durch Fernsprecher der Feuerwehr gemeldet werden sollen, um dieser die Entsendung der speziell für Schornsteinbrände in Betracht kommenden Fahrzeuge zu ermöglichen und um das kostspielige Ausrücken größerer Löscheinheiten zu vermeiden. — Gegen 11 Uhr des gleichen Tages wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach Gabelsbergerstraße 23 gerufen, wo der Giebel eines Hintergebäudes eingestürzt war. Durch die Feuerwehr wurde die in dem Gebäude befindliche Wohnung geräumt, um die Gefahr von den Bewohnern abzuwenden. Nach etwa einstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

Könnern. Theaterabend. Am Sonntag, dem 4. März, abends 7 Uhr, wird von der Kommunistischen Kindergruppe auf vielseitigen Wunsch das Theaterstück „Aus dem Riesengebirge" noch einmal aufgeführt. Arbeitereltern, unterstützt durch zahlreichen Besuch die Bestrebungen der Kommunistischen Kindergruppe.

Arbeiter-Sport

Arbeiter-Sportverein Krällwitz. Am Sonntag fährt die erste und zweite Mannschaft des Sportvereins zu Propagandaspielen nach Reinsdorf. Die 1. Mannschaft spielt um 2 Uhr gegen Minerva Halle 1, und die 2. Mannschaft um 4½ Uhr gegen Reinsdorf 1. Abfahrt der Mannschaft 10.35 Uhr Hauptbahnhof, Treffpunkt 10.30 Uhr. Am Sonnabendabend 8 Uhr trifft sich im „Lindenhof" sämtliche Mitglieder zur Mannschaftsversammlung.

VfB. Trotha-Süd. Spielresultat vom Sonntag, dem 25. Februar: VfB. Süd 1. — VfB. Trotha 1. 4:1 (Halbzeit 2:0). Sonntag, den 4. März, spielt in Gröbers VfB. Süd 1. — Sportverein Gröbers 1. Treffpunkt 1¼ Uhr am Hauptbahnhof. Freitag, den 2. März, Treffpunkt der 1. Mannschaft zum Training im Vereinslokal.

VfB. Trotha. Am Sonntag, den 4. März spielt VfB. Trotha 1. — Merseburg 1. in Merseburg. Trotha spielt in folgender Aufstellung: Kresse, Münner, Wiedorf, Bertram, Grünbler, Stope, Fertram, Krämer, Gehmann, Stope, Heinrich. Sonnabend alles bei Liebig.

Fortuna Dölau. Am Sonntag, dem 4. d. M., spielt Fortuna Dölau 1. — Altstadt Vorwärts Bruckdorf 1. um 3 Uhr. Fortuna Dölau 2. — Altstadt Vorwärts Bruckdorf 2. um ½2 Uhr. Fortuna 1. Jugend — Victoria 1. Jugend um ½1 Uhr, sämtlich auf den Brandbergen.

HSV. Minerva. Am Sonntag, dem 4. März, nachm. 2 Uhr, steht Minerva 1. dem Sportverein Krällwitz 1. im Propagandaspiel in Reinsdorf gegenüber. Treffpunkt 10 Uhr am Hauptbahnhof. Abfahrt 10.35 Uhr. Minerva 1. spielt in folgender Aufstellung: Wiser, Wade, Koppischer, Kostich, Brödel, Fleischhauer, Steuer, Brietzke, Vandermann, Schiele, Kremser. Minerva 2. spielt auf dem Krällwitzer Platz gegen VfB Lettin 2. um die Bezirksmeisterschaft der 2. Klasse. Minerva 2. spielt in folgender Aufstellung: Märtig, Bo neumann, Nalpe, Bauer, Ludwig, Schiele, Wolf, Moritz Löffler 1., Jünnicke, Görtke. Ersatz Grethe. Anfang 3½ Uhr. Treffpunkt 2½ Uhr im „Lindenhof". Minerva 4. — Lettin 4. spielt 2½ Uhr auf dem Minervaplatz. Treffpunkt ½2 Uhr in der „Erholung" am „Rosengarten". Minerva 1. Jugend — Teicha 3. spielt in Teicha. — Sonnabendabend 8 Uhr alles in der „Erholung".

Sportsfreunde

Beim nächsten Bedarf von Drucksachen denkt an die Druckerei des „Klassenkampf", Halle, Lerchenfeldstr. 14; sie liefert Statuten, Programme, Mitteilungsblätter, Karten usw. schnell, gut und preiswert. Fernruf Nr. 2251

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Fritz Kroh, Halle, Lerchenfeldstraße 14.

Genosse! Wenn Du zu einer Versammlung gehst, sammle für den Kampffonds der Partei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230302-19/fragment/page=0005

Leben · Wissen · Kunst

Tyll Ulenspiegel und Lamm Goedzak

2] Von Charles de Coster

5

Tags zuvor war an den Gittern des Stadthauses ausgerufen, es solle gebetet werden für Ihre Majestät, Kaiser Karls Gemahlin, die schwanger war, daß sie bald niederkäme.

Am ganzen Leibe zitternd, trat Katheline bei Klas ein.

„Was sieht Dich an, Gevatterin?" fragte der Biedermann.

„Wehe!" antwortete sie in abgerissenen Worten. „Diese Nacht — Geister mähten die Menschen wie Schnitter das Gras — Mägdlein lebendig begraben; auf ihrem Leib tanzte der Henker! Stein, der seit neun Monden Blut geschwitzt hat, diese Nacht gesprungen."

„Erbarm Dich unser! Erbarm Dich unser, Herr Gott!" stöhnte Soetkin, „das ist eine üble Vorbedeutung für das Land Flandern."

„Gehest Du das mit Deinen Augen oder im Traume?" fragte Klas.

„Mit meinen Augen", erwiderte Katheline.

Bleich wie der Tod und mit Tränen bub sie wieder an:

„Zwei Kindlein sind geboren, eins in Hispanien, das ist der Infant Willem, das andre im Lande Flandern, das ist Klasens Sohn, so derselbe Ulenspiegel genannt wird. Philipp wird ein Henker werden, denn er ist erzeugt von Karl dem Fünften, dem Mörder unseres Landes. Ulenspiegel wird ein großer Meister in lustigen Reden und Bubenstreichen sein, aber er wird ein gutes Herz haben, denn er hat Klas zum Vater gehabt, einen wackeren Arbeitsmann, der in Ehrlichkeit, Rechtschaffenheit und Leutseligkeit sein Brot zu verdienen weiß. Kaiser Karl und König Philipp werden hoch zu Roß durchs Leben reiten und mit Schlachten, Erpressungen und anderen Verbrechen Unheil stiften. Klas, der die ganze Woche arbeitet, nach Recht und Gesetz lebt und bei seiner harten Arbeit lacht, statt zu weinen, wird das Vorbild der guten flandrischen Arbeiter sein.

„Ulenspiegel wird allzeit jung sein und den Tod nicht sehen; er wird die Welt durchwandern und an keinem Orte sich festsetzen. Er wird Bauer, Edelmann, Maler und Bildhauer sein — alles miteinander. Und also wird er die Welt durchwandern, gute und schöne Dinge loben und der Dummheit aus voller Kehle spotten. Klas ist Dein Mut, edles plämisches Volk, Soetkin Deine tapfere Mutter, Ulenspiegel Dein Geist, ein artig und lieblich Mägdlein, Ulenspiegels Genossin und gleich ihm unsterblich, wird Dein Herz sein, und ein dicker Bauch, Lamm Goedzak, Dein Magen. Oben werden die Menschen wertlos sein, unten die Opfer; oben diebische Drohnen, unten emsige Bienen, und im Himmel werden Christi Wunden bluten."

Nach solchen Worten entschlief Katheline, die gute Zauberin.

6

Ulenspiegel ward zur Taufe getragen; plötzlich fiel ein Platzregen, der ihn schier durchnäßte. Also ward er zum ersten Male getauft.

Da er in die Kirche kam, hieß der Küster und Schulmeister Eltern und Paten sich um das Taufbecken stellen, welches geschah.

Doch im Gewölbe über dem Taufbecken hatte ein Maurer ein Loch gemacht, um alda eine Lampe an einem Stern von vergüldetem Holz aufzuhängen. Da er von oben die Paten stockstieif um das Taufbecken stehen sah, auf welchem der Deckel noch ruhte, goß er in voller Tücke durch das Loch in der Wölbung einen Kübel Wasser, welches mitten unter sie auf den Deckel stürzte und gewaltig spritzte. Ulenspiegel bekam den größten Teil davon. Und also ward er zum andern Male getauft.

Der Deckant kam und sie führten Klage bei ihm; er aber sagte, sie sollten sich sputen und das wäre ein Zufall gewesen. Ulenspiegel zappelte wegen des Wassers, das auf ihn gefallen war. Der Deckant gab ihm Salz und Wasser und nannte ihn Thylbert, das heißt „reich an Bewegungen". So ward er zum dritten Male getauft.

Da sie die Frauenkirche verlassen, gingen sie in die Lange Gasse und kehrten gegenüber der Kirche in den „Rosenkranz der Flaschen" ein, an welchem ein Krug das Credo bildete. Dort tranken sie siebzehn Kannen Doppelbier und noch mehr. Denn solches ist in Flandern der rechte Brauch, um durchnäßte Leute zu trocknen, daß man im Bauche ein Feuer anzündet. So ward Ulenspiegel zum vierten Male getauft.

Da sie nun heim taumelten und ihr Kopf schwerer war denn ihr Körper, kamen sie an einen Steg, der über einen Pfuhl führte. Katheline, die Patin war und das Kind trug, tat einen Fehltritt und fiel mit Ulenspiegel in die Lache. Also ward er zum fünften Male getauft.

Doch man zog ihn aus dem Pfuhle und wusch ihn in Klasens Hause mit warmem Wasser; das war seine sechste Taufe.

7

Am selbigen Tage beschloß Seine Heilige Majestät, Kaiser Karl, glänzende Feste zu geben, um die Geburt seines Sohnes fürstlich zu feiern. Er beschloß, gleich Klas, auf den Fischzug zu gehen, doch nicht in einem Kanal, sondern in den Gürteltaschen und Geldkasten seiner Völker. Denn daraus ziehen die fürstlichen Angelruten Crulados, Silberdaelders und Löwentaler, und alle diese wunderlamen Fische wandeln sich nach Belieben des Fischers in Sammetkleider, kostbare Juwelen, erlesene Weine und feine Speisen. Denn die fischreichsten Flüsse sind nicht immer die wasserreichsten.

Da er nun seine Räte versammelt hatte, beschloß Seine Heilige Majestät, daß der Fischzug wie folgt ausgeführt werde: Seine Hoheit, der Infant, sollte in der neunten oder zehnten Stunde zur Taufe getragen werden. Um ihre große Freude darzutun, sollten die Einwohner von Ballabolid die ganze Nacht durch Schmausereien und Gelage halten, alles auf ihre Kosten, und auf dem Marktplatze Geld für die Armen streuen.

An fünf Straßenecken sollte ein großer Springbrunnen sein und bis Tagesanbruch Wein in Strömen hervorsprudeln, welchen die Stadt bezahlte. An fünf anderen Ecken sollten an hölzernen Gestellen Brats, Schlack- und Leberwürste, Ochsenzungen und andre Fleischarten aufgehängt werden, desgleichen zu Lasten der Stadt.

Die Bürger von Ballabolid sollten da, wo der Festzug vorbeikommen mußte, auf ihre Unkosten eine große Zahl von Triumphbögen errichten, welche den Frieden, das Glück, den Ueberfluß und das günstige Geschick darstellten, sowie jegliche Himmelsgabe, womit sie unter der Herrschaft seiner Kaiserlichen Majestät überschüttet worden.

Endlich sollten außer diesen Friedensbögen etliche andere aufgerichtet werden, an welchen in lebhaften Farben weniger milde Sinnbilder zu sehen waren, als das sind: Adler, Löwen, Lanzen, Hellebarden, Spieße mit glänzender Zunge, Hakenbüchsen, Kanonen, Feldschlangen, Kartaunen mit großem Rachen und andre Maschinen, so die Kriegsmacht und Stärke seiner heiligen Majestät versinnbildlichen sollten.

Was die Lichter zum Erleuchten der Kirche betraf, so sollte es der Gilde der Wachszieher verstattet sein, zwanzigtausend Kerzen ohne Entgelt herzustellen, und was davon nicht verbrannt ward, das sollte dem Domkapitel zufallen.

Was aber die anderen Ausgaben betraf, so wollte der Kaiser sie gern bestreiten und solchergestalt seinen guten Willen zeigen, seine Völker nicht allzusehr zu belasten.

Als die Gemeinde sich anschickte, dies Gebot auszuführen, traf von Rom her flügliche Kunde ein. Oranien, Alençon und Frundsberg, des Kaisers Hauptleute, waren in die heilige Stadt gedrungen und hatten allda Kirchen, Kapellen und Häuser verwüstet und ausgeplündert und niemand geschont, nicht die Priester und Klosterfrauen noch die Weiber und Kinder. Der heilige Vater war gefangen worden. Seit einer Woche währte das Plündern; Reiter und Landknechte durchstreiften die Stadt, übersättigt von Speise und berauscht vom Trinken. Sie schwangen ihre Waffen, suchten die Kardinäle und drohten, sie würden ihnen genug ins Fell schneiden, daß sie nie Päpste würden. Andre, so diese Drohung bereits ausgeführt hatten, stolzierten durch die Stadt und trugen auf der Brust Rosenkränze mit achtundzwanzig und mehr Kugeln, groß wie Nüsse und ganz blutig. Manche Straßen waren gleich toten Bächen, darinnen die nackten Leiber der Toten lagen.

Etliche sagten, der Kaiser hätte Geld gebraucht und solches im Wunt der Geistlichkeit fischen wollen; und da er den Vertrag erfahren, den seine Hauptleute dem gefangenen Papst auferlegt hatten, hätte er ihn gezwungen, die festen Plätze seiner Staaten zu übergeben, 400 000 Dukaten zu bezahlen und so lange im Gefängnis zu bleiben, bis alles vollführt sei.

Jedoch der Schmerz seiner Majestät war groß. Er sagte alle Zurüstungen zu Freude, Festen und Lustbarkeiten ab und gebot den Herren und Damen seines Hofes, Trauer anzulegen. Und der Infant ward in weißen Windeln getauft, welches die Windeln königlicher Trauer sind. Solche legten die Herren und Damen als üble Vorbedeutung aus.

Dessen ohngeachtet stellte die Frau Amme den Herren und Damen des Palastes den Infanten dar, auf daß sie ihm nach dem Brauche Wünsche und Gaben darbrächten.

(Fortsetzung folgt.)

Proleten, es ist Zeit!

Proleten, es ist Zeit!
Das Vaterland der Schwarzweißroten
Hat seinen Heerbaum aufgeboten.
Der Schützengraben ist nicht weit:
Proleten, es ist Zeit!

Proleten, es ist Zeit!
Besoffene Etappenschweine
Brüll'n Euch ins Ohr die „Wacht am Rheine",
Hitler und Roßbach stehn bereit:
Proleten, es ist Zeit!

Proleten, es ist Zeit!
Zum Streike ruft der Schlotbaron,
Zur Einigkeit der „Vorwärts" schon,
Der Dichter quakt von „Deutschlands Leid":
Proleten, es ist Zeit!

Proleten, es ist Zeit!
Man ruft: „Schlagt die Franzosen tot!"
Begeisterung schwitzt der Patriot,
Die Reichswehr platzt vor Tapferkeit:
Proleten, es ist Zeit!

Proleten, es ist Zeit!
Der Thyssen ist zum Helden worden,
Der Stampfer kriegt bald einen Orden,
Weil er gefällig und gescheit:
Proleten, es ist Zeit!

Proleten, es ist Zeit!
Auf daß sie schnell der Teufel hole,
Singt ihnen bald die Carmagnole.
Arbeiter, auf zum Klassenstreit:
Proleten, es ist Zeit!

Ein Arbeiter.

Fridericus Rex und die Bauern

Von Kurt Kersten*)

Preußen war ein Agrarland. Auf dem Bauernstand lastete der ganze Druck des Absolutismus, und die Bauern machten gerade den größten Teil der Bevölkerung aus; sie ernährten das Land, sorgten für seine Urbarmachung, sie arbeiteten für den Adel, für den König, sie entrichteten die höchsten Abgaben, ertrugen die schwersten Fronen, lieferten die besten und moralisch wertvollsten Soldaten, und sie wurden gerade in ärgster Abhängigkeit gehalten, sie hatten gerade die geringsten Aussichten auf Besserung ihres Loses.

In einigen Provinzen war ihre Lage erträglicher, aber in den meisten Landesteilen waren sie völlig dem Adel preisgegeben. In Ost- und Westpreußen, in Pommern und Schlesien, in der Neumark litt der Bauernstand unter den Forderungen des Adels am meisten. Der pommersche Bauer war der bedauernswerteste „Untertan" Friedrichs. Pommern ist schon an sich arm gewesen, ließ sich schwer bebauen, dann gab es in Hinterpommern keinen Handel, keine Absatzmöglichkeiten. Die Fronen waren sehr drückend, und die Adligen dachten nicht daran, nachzugeben, schon weil sie selber nicht mit Gütern gesegnet waren. Dann war das Land von Wenden und Kassuben bevölkert, ein geistig stumpferes Volk gab es sonst nirgends. Der Gutsherr konnte sich hier alles erlauben, ohne etwas zu befürchten. Pommern war Hauptlieferplatz für Wolle, und die Bauern wurden deshalb so hart gedrückt, weil die Wollfabrikanten die Schafzwolle möglichst billig an sich bringen wollten. Die Wollefabrikation wurde staatlich sehr unterstützt, die Wolleausfuhr aus Pommern war verboten — aber nur für die Bauern, während der Adel das Ausfuhrprivileg hatte; so kam es, daß die Bauern gar keine anderen Abnehmer als die Wollfabrikanten hatten und dabei aufs ärgste ausgesogen wurden; um geringen Preis mußten sie ihre mühsam erarbeiteten Produkte hergeben.

Der größte Teil der Bauern war an Grund und Boden gefesselt. Die Leibeigenschaft drückte fast den ganzen Bauernstand. Gegen die schwersten Frondienste gab es keine Erleichterung. Alle Versuche des Königs selbst, die Lage der Bauern zu bessern, scheiterten am Widerstand des Adels; als der König Erhebungen über die Leibeigenschaft anzustellen wagte, schrie der Adel Pommerns am lautesten auf und drohte mit der Verweigerung der Heeresdienste, ja der Adel erklärte sogar, die Einschränkung der Fronarbeiten auf kürzere Frist ruiniere den Adel wirtschaftlich; die Erlasse des Königs, die sich auf die Verkürzung der Arbeitszeit bezogen, wurden vom Adel sabotiert. Der König verlegte sich aufs Bitten, und da es nichts fruchtete, verfügte er endlich resigniert, gegen den Adel „mit ménagement" zu verfahren. Und der Bauer blieb, was er war: „ein bloßer Deputant, ein leibeigener Knecht". Selbst der berühmte „Bauernschutz" Friedrichs II. war nur ein papiernes Dokument.

Der Bauer hatte hohe Abgaben zu entrichten, dem Adel Dienste zu leisten, und konnte die Scholle nicht verlassen. Es ist wahr, daß die Lasten der Bauern rein nominell nicht erhöht worden sind, aber die allgemeine Lage hat sich — vor allem infolge der Kriege — bedeutend verschlechtert, und deshalb wurden schon diese Lasten immer unerträglicher. Dann existierten so viele Verordnungen wirklich nur auf dem Papier: es war verboten, Bauernstellen zu legen. Der Adel legte doch. Es war verboten, Bauern zu prügeln, der Adel prügelte doch.

Der Adel herrschte ohne Einschränkung. Er war Richter und Gutsherr in einer Person; diese Vereinigung war vielleicht die schlimmste Institution. Wie konnte bei einem solchen Verhältnis der Bauer jemals zu seinem Rechte kommen! Die Berufungsinstanz setzte sich aus höheren Magistratspersonen zusammen, die natürlich eine Front mit dem Adel bildeten! Diese grenzenlose Souveränität der Grundherrschaft, die sich auch auf das Verhältnis der königlichen Pächter zu ihren Bauern ausdehnte, war aber auch die Ursache für viele Korruptionserscheinungen, denn der Grundherr konnte ganz nach Belieben Dienst anjetzen; es war ihm überlassen, durch die Höhe der Gerichtsgebühren einen Druck auf die klagenden Bauern auszuüben, ja es ist sogar vorgekommen, daß Bauern in den Stock gesetzt wurden, weil sie sich zu beklagen gewagt hatten!

Friedrich versuchte eine Neuordnung. An völlige Beseitigung der Mißstände war bei dem starken Widerstande des Adels nicht zu denken. Diese Neuordnung ist eine Niederlage, denn Friedrich war vom Rechte der Bauern und vom Unrecht des Adels überzeugt. Da kam zuerst die Gesindeordnung, nach der man gezwungen war, dem Gutsherrn zu dienen; im Falle einer Heirat mußte man Genehmigung einholen; endlich konnte man sich loskaufen. Aber diese Heiratslizenz bedeutete eine Verschärfung, früher hatte sie gar nicht bestanden. Der Loskauf war aber eine Illusion, denn nur die wenigsten besaßen die Mittel zum Kauf, und dann hatte der neue „Eigentumsbauer" keinen Anspruch auf Steuervertretung, seine Lasten wurden nicht gemindert, und Baulüfte wurde ihm auch nicht gewährt. Dafür aber konnte der Adlige aus „rechtmäßigen" Gründen dem Bauern das Gut überhaupt wegnehmen. So offenbart die ganze Bauerngesetzgebung Friedrichs II. einen zwiespältigen Charakter. Alle Bestimmungen, die im Interesse der Bauern ausgelegt werden konnten, sind so dehnbar, daß sie zuletzt immer zugunsten des Adels ausgelegt werden können, aber alle Bestimmungen gegen die Bauern sind klar und eindeutig. Im Grunde gab es für die Bauern keine Möglichkeit, frei zu werden. In gewissem Sinne war Friedrich Wilhelm schon viel weiter gekommen, auch er wollte die Bauern befreien und versuchte deshalb, an die Stelle der Scharwerksbauern Tagelöhner zu setzen; das bedeutete nichts anderes als die Entwicklung eines völlig neuen Standes, nämlich des ländlichen Proletariats. Der Versuch hätte die leibeigenen Bauern zu Kleinbauern gemacht; aber er mißlang, weil er dem Adel zu große Kosten bereitete. Friedrich ging diesen Weg nicht, aber zuletzt kam er doch an dasselbe Ziel, denn die Einschränkung der Scharwerksdienste zwang den Adel, sich Tagelöhner zu halten. So schien es, als ob sich dieser Prozeß doch mit Notwendigkeit vollziehen müßte.

Zuletzt drückten also den Bauern dieselben Lasten wie zur Zeit des Regierungsbeginnes. Die Frondienste nahmen immer noch so viel Zeit in Anspruch, daß dem Bauer für sich selbst nur wenig Zeit übrig blieb. Er hatte noch immer zu leisten: Burgdienste, Holzfuhren, Fischerei- und Forstdienste, Hand- und Spanndienste, da mußten die Kinder mindestens fünf Jahre lang für die Gutsherrschaft arbeiten, da durften die untertänigen Bauern ihr Gut nicht verlassen, wenn sie nicht unerschwingliche Lösegelder zahlten. Die Hörigen hatten für ihre Dienste keinen Lohn zu empfangen, sie durften geschlagen werden und wurden geschlagen. Die Lasten der Privatbauern sind nicht geringer. Man hatte Fuhren für den König und die Beamten zu leisten, die hohen Kavaliergelder zu zahlen und die Weidepflicht für die Kavalleriepferde zu übernehmen. Am ärgsten aber war es nun doch, daß die Bauern für den König noch spinnen mußten! Der Abend und die Nacht gehörte dem König. Es gibt Erlasse, in denen ausdrücklich verordnet wird, daß die Bauern ihre freie Zeit nach der Arbeit mit Spinnen zu verbringen hatten! Die Produkte wurden ihnen für billiges Geld abgenommen, sie wanderten in die Manufakturen und brachten Händlern wie dem König große Gewinne!

Die Bauern waren und blieben die Unterdrückten. „Der gemeine Mann hat nur Gehorsam zu leisten", hatte Friedrich Wilhelm I. gesagt. Unter dem aufgeklärten Absolutisten konnte ein Adliger ein großes Pamphlet gegen die Bauernaufklärung schreiben. Alle Verleumdungen der Bauern waren gestattet, da schritt kein Zensor ein! Die Beschwerden der Bauern waren in den meisten Fällen erfolglos. Es blieb bei notdürftigen Reformen! Die Gutsbesitzer, Beamten, Landräte, Gerichtsbehörden und Landeskollegien waren samt den Staatsministern empört, wenn sich die Bauern zu beschweren wagten; sie ließen die Bauern bald fühlen, welche Folgen für sie der direkte Weg zum König gehabt hatte! Die Verelendung der Bauern hat unter Friedrich II. ständig zugenommen. Gegen Ende seiner Regierung kam es sogar zu Unruhen. Der König schickte dem Adel sein Militär zu Hilfe. So sah in Wirklichkeit der „Bauernschutz" aus. Die Söhne der Bauern wurden mit den Waffen in der Hand auf die gequälten, ausgebeuteten Väter losgejagt. Im schlesischen Gebirge regte es sich unter den bedrängten Webern und Bauern. Friedrich hetzte die Schulzen auf, ließ Zusammenkünfte verbieten, setzte Sondergerichte ein und — er, der aufgeklärte, tolerante König, der Förderer der Humanität und Kultur, befahl den Predigern, den Bauern das Wort des Evangeliums zu verkünden: „Im Schweiße Deines Angesichts sollst Du Dein Brot essen."

*) Aus Kurt Kersten: Fridericus Rex und die Krise des Absolutismus. E. Laub'sche Verlagsbuchhandlung, Berlin 1922.

Was sollen wir lesen?

Sämtliche hier aufgeführten Bücher und Zeitschriften sind zu beziehen in Halle: Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft Leuchtenfeldtraße 14, in den 11 auswärtigen Filialen, sowie in der Volksbuchhandlung, Halle 42/44 Magdeburg: Buchladen der „Tribüne", Jakobstraße 4.

„Sichel und Hammer". Soeben erscheint Nummer 5 der Illustrierten Internationalen Arbeiterzeitung, „Sichel und Hammer" (deutsche Ausgabe). Diese Nummer ist zum großen Teil der russischen Bildungsarbeit gewidmet. Gen. Lunatscharski schrieb dazu einen Originalartikel: „Die Volksaufklärung in Rußland während der letzten fünf Jahre." Dieser Aufsatz gibt einen Ueberblick über fünf Jahre Bildungsarbeit in Sowjet-Rußland, wertvolles Bildmaterial aus dem Bildungs- und Kunstleben Rußlands ergänzen und erweitern den Aufsatz von Lunatscharski. Die erste Seite zeigt eine Aufnahme vom ersten Staatstheater für Kinder in Moskau, wo dramatisierte Märchen und Erzählungen von englischen, französischen, amerikanischen, russischen und deutschen Dichtern aufgeführt werden. Der Genosse D. Sternberg schreibt über die russische Kunst der Gegenwart. Karl Holz illustriert die Novelle „Die Jakutsker Schlächterei" von Viktor Panin. Der Genosse Münzenberg schreibt einen hochaktuellen Artikel über „Eine neue Ruhrhetzjagd", der mit interessantem Bildmaterial versehen ist. Preis dieser Nummer ist 150 Mk. Sie ist in allen Arbeiterbuchhandlungen, bei jedem Postzeitungsamt oder direkt vom Verlag der Internationalen Arbeiterhilfe, Berlin W 8, Unter den Linden 11, zu beziehen.

„Das proletarische Kind", Heft Nr. 3, erscheint in wenigen Tagen. Aus dem Inhalt: Arbeiterkinder und Ruhrkriegshetze. — Die reaktionäre Elternbewegung. — Ununterbrochener Schulkampf. — Berufsberatung. — Die Schulkinderbewegung in den kapitalistischen Ländern (Schluß). — Das Schulwesen in Bulgarien. — Die erste Landeskonferenz kommunistischer Kindergruppenleiter der Schweiz. Im Notizenteil finden die Genossen Mitteilungen aus der Kindergruppenbewegung, über das Kinderelend, aus der Eltern- und Lehrerbewegung, über unerhörte Prügeleien in den Volksschulen und allgemeine Notizen. Zum Schluß eine Besprechung der „Wegbereiter des Kommunismus" (Verlag der Jugendinternationale). Wir weisen auch an dieser Stelle darauf hin, daß sämtliche Zusendungen an die Redaktion an folgende Adresse zu schicken sind: Redaktion „Das proletarische Kind", Berlin C 54, Rosenthaler Straße 38, Hof (Abteilung Bildung).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230302-19/fragment/page=0006